

BAU-HOLZ

Das Service-Magazin **deiner Gewerkschaft BAU-HOLZ**

Steiermark

Krise ohne GBH?

Es gäbe **keine Lohnerhöhung**,
Arbeitslosigkeit statt Kurzarbeit
und **keine persönliche Beratung**

Seiten 10 + 11

KOLLEKTIVVERTRAG 2021

Mehr Mitglieder bedeuten
höhere Löhne für dich

Seiten 4 + 5

STÄRKE DICH SELBST

Damit es dir GUT geht,
wirb Mitglieder

Seiten 22 + 23

PARLAMENT

Schwarzer Freitag:
Regierung kürzt Pensionen

Seiten 14 - 16

**wir
verhandeln
deinen
Lohn**

DEIN
Gewerkschaft **BAU-HOLZ**
Arbeitszeitkalender
Dein exklusives und
wertvolles „Werkzeug“ zur
Stundenerfassung
Als exklusive Beilage in dieser
„die BAU-HOLZ“

Die Bundesländer brauchen Corona-Konjunkturpakete

GASTKOMMENTAR. Die Bundesregierung ist konjunkturpolitisch wenig effektiv. Andere EU-Länder machen Stabilisierungs- und Konjunkturprogramme, Österreich leider nicht. Nach den Rettungspaketen sind nun, um eine Depression beziehungsweise jahrelange Stagnation zu vermeiden, große Konjunkturpakete erforderlich.



Nach der EU-Frühjahrsprognose brach das deutsche Wirtschaftswachstum heuer stärker ein (minus 6,5 %) als jenes Österreichs (minus 5,5 %). Mit der

EU-Herbstprognose hat Deutschland durch Konjunkturprogramme den Einbruch 2020 auf minus 5,6 % verringert, Österreich fällt wirtschaftlich zurück (minus 7,1 %).

Die Bundesregierung hat die 50 Milliarden Euro aus den Hilfspaketen nicht konjunkturreffektiv eingesetzt

Nur ein kleiner Teil der Mittel dient über Investitionen der Konjunkturanhebung. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich schlecht, die krisenbedingte Arbeitslosigkeit wurde erst zu gut einem Drittel abgebaut und verfestigt sich. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist markant gestiegen.

Daher sollte es koordinierte Konjunkturpakete der Bundesländer geben

Diese müssen zur klimafreundlichen und digitalen Transformation der Volkswirtschaft beitragen: durch hohe Investitionen in alternative Energie, thermische Sanierungen sowie die digitale Infrastruktur. So kann eine erfolgreiche klimafreundliche und digitale Transformation Österreichs gelingen. Die Bundesländer mit ihren Kompe-



Direktionsrat Mag. Franz Nauschnigg, war in der Oesterreichischen Nationalbank in der Leitung des Referats für EU- und EFTA-Angelegenheiten in der Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen (INTA) tätig. Er war Mitglied des EFTA-Wirtschaftskomitees von 1987 bis Ende 1994 und wirtschaftspolitischer Berater mehrerer Finanzminister sowie im Aufsichtsrat der Wiener Börse. In den 1980ern war er im Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerium tätig, auch in den Kabinetten. Publikationen zu Europäischer Integration, Währungspolitik, Kapitalverkehr, Finanzkrisen, Außenhandel, Landwirtschaft, Infrastrukturfinanzierung.

tenzen können einen wichtigen Beitrag leisten.

Dem Bund entstehen keine Kosten! Wie das geht?

- Die Rückzahlung der Mittel erfolgt durch neue Landesabgaben, insbesondere klimafreundliche Lenkungsabgaben, wo Österreich noch ein Nachzügler ist
- Abgaben für Windkraftwerke
- Landes-Asfinags, finanziert durch flächendeckende Lkw-Maut auf Bundes- und Landesstraßen
- Breitbandausbau, finanziert durch Abgaben auf bestehende Netze
- Abgaben auf Kohle-, Öl- und Gasheizungen zur Förderung alternativer Heizungen

- Abschaffung des Dieselpprivilegs und Anhebung der Treibstoffsteuer um 10 Cent, dafür Abschaffung der Ökostromabgabe – die Nettoerträge erhalten die Länder für die Alternativstromproduktion
- Bodenrentenabgabe auf Flächenförderungen in der Landwirtschaft, Abgaben für die Versiegelung von Flächen, Besteuerung der Gewinne auf Bodenspekulation etwa mittels Umwidmungsabgabe, Streichung der Ausnahme für landwirtschaftlich genutzte Flächen bei gewidmetem Baugrund

LINK-TIPP: Die Langfassung des Gastkommentars von Mag. Nauschnigg findest du unter: www.gbh-news.at/gastkommentar-11-2020

**wir
verhandeln
deinen
Lohn**

Aus dem Inhalt



Seiten 4 + 5

Wir verhandeln deine Lohnerhöhung

KV-Verhandlungen. Deine jährliche Lohnerhöhung bekommst du nicht automatisch. Nur deine GBH verhandelt deinen Lohn. Je mehr Mitglieder wir haben, umso stärker sind wir!



2021 steht für dich viel auf dem Spiel

Dein Arbeitsplatz braucht Konjunkturbelebung, du brauchst Sicherheit

Corona: Sorge um die Gesundheit, Rekordarbeitslosigkeit und unsichere Zukunftsaussichten prägten das Jahr 2020. Wir waren und sind auch in dieser Krise für unsere Mitglieder da – von persönlicher Unterstützung bis zu Konjunkturprogrammen. Wir in der GBH waren im Frühjahr 2020 die ersten, die der Bundesregierung fertige Konzepte zum Sichern und Schaffen von Arbeitsplätzen in und nach der Krise vorgelegt haben. Wir in der GBH waren auch die ersten, die trotz Krise deutliche Lohnerhöhungen für alle unsere Branchen erkämpfen konnten. Das wollen wir auch 2021 machen.

DESHALB: Stärke dich selbst und wirb' Mitglieder! Unsere größte Stärke bist du als Gewerkschaftsmitglied. Je mehr Mitglieder wir in deiner Branche haben, desto stärker sind wir in den Lohnverhandlungen. Deshalb überzeuge auch deine KollegInnen von einer Mitgliedschaft - **nicht nur für uns, sondern in erster Linie für dich selbst und deine Interessen.**

2020 hat gezeigt, wie wichtig starke Gewerkschaften sind. 2021 stehen wir vor den größten Herausforderungen seit 1945. Es steht viel auf dem Spiel.

Ich bin mir aber sicher, gemeinsam schaffen wir auch diese Krise

Abg. z. NR Josef Muchitsch
GBH-Bundesvorsitzender

Seiten 6 + 7

Jetzt ist das Wichtigste: G'sund bleiben!

Zweiter Lockdown. Vernunft und Sicherheit statt Panik. Sozialpartner einigen sich auf eine Anpassung der Covid-19-Maßnahmen zum Schutz deiner Gesundheit am Arbeitsplatz.



Seiten 10 + 11

Ohne Gewerkschaft gäbe es keine Lohnerhöhungen

Corona-Krise. Die Krise hat deutlich gezeigt, wie wichtig starke Gewerkschaften sind. Trotz Krise gab es 2020 Lohnerhöhungen in unseren Branchen. Stärke dich selbst, wirb Mitglieder!



Seiten 14 - 16

Bundesregierung kürzt Pensionen

Nationalrat. In einer Nacht und Nebelaktion kürzt die türkis-grüne Bundesregierung zukünftige Pensionen und beschließt das Aus der „Hacklerregelung“.



Weitere Schwerpunkte dieser Ausgabe ...

+++ **Türkis-Grün streicht Hacklerregelung und kürzt alle Pensionen** +++ **Fahrlässiger Umgang mit Covid-19** +++ **Kurzarbeit statt arbeitslos** +++ **UMWELT+BAUEN: Grüner Marshall-Plan** +++ **Unser Gesundheitssystem schützen** +++ **BIG5: Gute Gründe für eine Mitgliedschaft** +++ **Dein Bundesland** +++



wir
verhandeln
deinen
Lohn

Dein Lohn wird nicht automatisch erhöht.

Jährlich kämpfen wir als GBH für deine Lohnerhöhung!

**Kein Jahr
wie jedes andere!**

Herausfordernde Lohnverhandlungen stehen an!

KV-VERHANDLUNGEN. Das Jahr 2021 wird für uns als GBH, ungeachtet der Corona-Pandemie, ein besonders arbeitsreiches Jahr. Erstmals seit vielen Jahren wirken keine Mehrjahresabschlüsse weiter. Alle unsere Kollektivverträge – auch deiner – werden im Frühjahr 2021 verhandelt.

Die größte Herausforderung wird dabei die Berücksichtigung der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die verschiedenen Branchen sein, welche mit Sicherheit nicht für alle Betriebe gleich zu bewerten sind. Die Bandbreite von existenziell bedrohlichen Ausfällen über kaum relevante Verluste bis hin zu sogar steigenden Erträgen in einzelnen Sektoren schafft eine Vielfalt, die in der Qualität noch selten zu sehen war.

Unser Ziel ist eine solidarische Lohnpolitik

Das bedeutet, dass jene Unternehmen, die es im zurückliegenden Jahr wirtschaftlich weniger gut getroffen haben, für ihre Verhältnisse etwas mehr und jene, die ein besonders gutes Jahr erwirtschaftet haben, etwas weniger tief in die Tasche greifen müssen, sodass im Durchschnitt ein fairer Lohnabschluss für die ArbeiterInnen zustande kommt, mit dem die Unternehmen auch gut leben können. Das ist Voraussetzung für ein konfliktfreies Miteinander!

Gelebte und gute Sozialpartnerschaft in unseren Branchen

Die GBH hatte bis zur Stunde Sozialpartner auf der Arbeitgeberseite, die dieses Prinzip der solidarischen Lohnpolitik verantwortungsvoll mitgetragen haben. Wir gehen davon aus, dass dies mit Augenmaß auch in Krisenzeiten weitestgehend so sein wird, wenngleich in diesen Zeiten auch einzelne Vertreter die Nerven verlieren könnten und voller Panik „Nulllohnrouden“ fordern. Das wird es mit uns nicht geben.

Wir haben uns in diesem Jahr genau angesehen, welche Unternehmen Kurzarbeitsunterstützung sowie sonstige Förderungen bezogen haben und danach trotzdem zum Erreichen ihrer betriebsinternen Zielzahlen in Massen ArbeitnehmerInnen gekündigt haben.

Wenn diese Betriebe sich vom Prinzip der solidarischen Lohnpolitik entfernen, werden wir ihnen im Rahmen des Kollektivvertragsprozesses besondere Aufmerksamkeit widmen.

Unumstritten sind jedenfalls nahezu alle unsere Branchen bisher bedeutend besser durch die Krise gekommen, als weite Teile des (Nicht-Lebensmittel-) Handels und der Dienstleister, welche de facto wochenlang im Lockdown ihre Geschäfte geschlossen halten mussten, während unsere Branchen weiter produzieren und montieren konnten!

Export von Corona stark betroffen

Auch haben es unsere Industriebetriebe besser getroffen als die Metallindustrie, welche einen bedeutend höheren paneuropäischen Exportfaktor hat als die Stein- und keramische Industrie oder die Holzindustrie. Vor allem beim Export hat es dramatische Einbrüche gegeben. Die Bauindustrie, das Baugewerbe sowie die Baunebengewerbe hatten meistens nur eine Woche oder gar keinen Stillstand, um die dringend notwendigen Sicherheitsvorkehrungen für die ArbeiterInnen auf den Baustellen zu organisieren. Danach ging die Bauproduktion nahezu ungehindert weiter. Vergleicht man das Jahr 2020

nicht mit dem absoluten Rekordjahr 2019, sondern mit den 5 Jahren davor, so erkennt man, dass 2020 sogar ein überdurchschnittlich gutes Jahr für die Bauwirtschaft war. Gleichermaßen gilt das auch für die Baustoffzulieferer!

Unseren Branchen geht es besser

Wirtschaftlich stehen die Branchen der GBH allerdings durchaus besser da als viele andere, jedenfalls nicht schlechter! Insofern sind wir zuversichtlich, dass es uns bei allen Verhandlungen des kommenden Jahres gelingen wird, einen Abschluss zu erzielen.

Wir hoffen, dass uns allen möglichst bald ein Corona-Impfstoff zur Verfügung steht, womit wir wieder „normale“ Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite durchführen könnten. Obwohl Verhandlungen im kleinsten Kreis und erstmal via Videokonferenzen technisch und organisatorisch unerwartet gut funktioniert haben, ist eine Kollektivvertragsverhandlung doch auch gewissen Ritualen und Traditionen unterworfen, die durchaus Einfluss auf das Ergebnis haben können.

Insofern freuen wir uns trotz der schwierigen Rahmenbedingungen auf einigermaßen „normale“ und für dich erfolgreiche Verhandlungsrunden 2021.

Je mehr Mitglieder wir in deiner Branche haben, umso stärker können wir uns für dich einsetzen. **Deshalb frage deine KollegInnen, ob sie Mitglieder sind, und wenn nicht, wirb sie, um dich zu stärken!**

Bauarbeiten und COVID-19



Das Wichtigste:

2. Lockdown: Vernunft und Sicherheit statt Panik

Die Bausozialpartner einigen sich auf eine **Adaptierung der COVID-19-Maßnahmen** zum Gesundheitsschutz auf Baustellen.

G'sund bleiben!

Die allgemeinen COVID-19-Schutzmaßnahmen gelten auch auf Baustellen, sonst drohen Strafen

Distanz von mindestens 1 Meter

Nur mit Mund-Nasen-Schutz

An- und Zufahrt zu und vom Arbeitsplatz

Bei allen Fahrten auf der Baustelle!

Gründliches Händewaschen

In den gebeugten Ellenbogen husten oder niesen

Nicht mit Händen ins Gesicht greifen

Wichtige, zusätzliche Maßnahmen zum Schutz deiner Gesundheit am Bau

Verschärfte Arbeitshygiene
Regelmäßige Desinfektion von sanitären und sozialen Einrichtungen. Fahrzeuge, Baumaschinen und Werkzeuge müssen vor Verwendung durch anderes Personal immer desinfiziert werden

Schlafräume nur mit einer Person belegen

Distanz von mindestens 1 Meter darf nur mit Mund-Nasen-Schutz, wenn nicht anders möglich, unterschritten werden

Mund-Nasen-Schutz

Können diese zusätzlichen Schutzmaßnahmen nicht eingehalten werden, dürfen Arbeiten mit Unterschreitung des Mindestabstandes nicht durchgeführt werden

Die notwendige Schutzausrüstung ist vom Arbeitgeber zur Verfügung zu stellen

Detail-Infos und Kontaktdaten bei offenen Fragen findest du unter: www.gbh-news.at



Ein 8-Punkte-Maßnahmenkatalog schützt die Gesundheit unserer Bauarbeiter und deren Familien.

G'sund
bleiben!

Lockdown und Bauwirtschaft: Vernunft und Sicherheit statt Panik

Unser gemeinsames Ziel war es – wie schon beim 1. Lockdown – den bestmöglichen Schutz der Gesundheit für alle Beschäftigten zu schaffen, nur so ist das Weiterarbeiten auf unseren Baustellen auch möglich. Die Gesundheit unserer Beschäftigten und deren Familien ist uns dabei das Wichtigste!

Abg. z. NR Josef Muchitsch GBH-Bundesvorsitzender



CORONA-KRISE. Bausozialpartner einigten sich rechtzeitig auf adaptierte Handlungsanleitung für ein sicheres Arbeiten auf Baustellen zu Beginn des zweiten Lockdowns.

Schwere Stunden für Österreich. Und dennoch geht das Leben weiter. Mit Beginn des zweiten Lockdowns häufen sich naturgemäß viele Fragen über Arbeitspflicht und gesundheitliche Maßnahmen im Betrieb und auf Baustellen.

Das Wichtigste: G'sund bleiben

Rechtzeitig einigten sich die Bausozialpartner auf eine Adaptierung der COVID-19-Maßnahmen zum Gesundheitsschutz auf Baustellen. Diese

wurden an alle Betriebsräte und Betriebe übermittelt. GBH-Bundesvorsitzender Abg. z. NR Josef Muchitsch: „Wir erhielten in den letzten Wochen viele Anfragen bezüglich Schutzmaßnahmen auf Baustellen. Deshalb war es uns wichtig, Klarheit zu schaffen. Unser gemeinsames Ziel war es – wie schon beim 1. Lockdown – den bestmöglichen Schutz der Gesundheit für alle Beschäftigten zu schaffen, nur so ist das Weiterarbeiten auf unseren Baustellen auch möglich.“

8-Punkte-Maßnahmen angepasst

Grundlage war der 8-Punkte-Maßnahmenkatalog aus dem Frühjahr. Gemeinsam mit dem Zentral-Arbeitsinspektorat wurden bestehende Maßnahmen eingearbeitet und Textpassagen evaluiert.

LINK-TIPP: Die Handlungsanleitung für sicheres Arbeiten auf Baustellen gibt es unter: gbh-news.at/Covid-19-Sicherheit

Fahrlässiger Umgang mit Covid-19 in den Betrieben

AK OBERÖSTERREICH SCHLÄGT ALARM. ExpertInnen berichten von Anrufen, in denen von Vorfällen erzählt wird, die alarmierend sind. Manche Unternehmer gehen offenbar extrem sorglos bis grob fahrlässig mit der Pandemie um.

Bei der AK OÖ häufen sich die Fälle, in denen Beschäftigte haarsträubende Geschichten über den Umgang mit der Corona-Pandemie an ihren Arbeitsplätzen erzählen: Ängste und Sorgen werden von Vorgesetzten bagatellisiert, trotz positiver Fälle im Umfeld ergreifen Arbeitgeber keine Schutzmaßnahmen, K1- oder K2-Personen dürfen nicht mit ihren Kollegen über positiv Getestete in ihrem Umfeld sprechen, Beschäftigte mit Symptomen werden von ihren Vorgesetzten sogar aufgefordert, keinesfalls 1450 zu kontaktieren.

AK-Präsident Kalliauer erinnert an die Fürsorgepflicht der Arbeitgeber und appelliert: „Auch in den Betrieben müssen die Schutzmaßnahmen eingehalten werden. Sonst brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn die Zahlen weiter steigen.“

Telefon-Hotline läuft heiß

Die Telefon-Hotline der AK-Rechtsberatung ist seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie extrem stark frequentiert. Der zweite Lockdown hat erneut zu einem Anstieg der Beratungsgespräche geführt. In den letzten Tagen kommt es zu einer auffälligen Häufung an Anfragen, die den fragwürdigen Umgang mancher Arbeitgeber mit der Corona-Gefahr dokumentieren. „Unsere Expertinnen und Experten berichten von Anrufen, in denen ihnen unsere Mitglieder von Vorfällen erzählen, die alarmierend sind. Manche Unternehmer gehen offenbar extrem sorglos bis

Diese Auflistung an Erzählungen von AK-Mitgliedern am Telefon gibt uns einen Eindruck davon, was sich in manchen Betrieben abspielt. Ich appelliere an die Unternehmer, dafür zu sorgen, dass ihre Beschäftigten vor Corona geschützt werden. Sie haben schließlich eine Verantwortung im Rahmen ihrer gesetzlichen Fürsorgepflicht. Es kann nicht sein, dass die Menschen Ausgangsbeschränkungen, Schulschließungen und die Reduzierung sämtlicher privater Vergnügen erdulden müssen – in der Arbeit hingegen offenbar alles egal ist. **So werden wir die Pandemie in Österreich nicht in den Griff bekommen!**

Dr. Johann Kalliauer AK-Präsident Oberösterreich

grob fahrlässig mit der Pandemie um“, so AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer.

Die Ratsuchenden berichten von Vorfällen in ihren Betrieben, äußern ihre Sorgen und Ängste und erkundigen sich, was sie tun können.

Die meisten wollen anonym bleiben. Die Erzählungen sind durch die Bank besorgniserregend.

Schilderungen von Betroffenen

- Beschäftigte werden vom Arbeitgeber aufgefordert, keinesfalls die Hotline 1450 zu kontaktieren, wenn sie Symptome haben, sondern vorab ihren Vorgesetzten zu informieren und keinesfalls mit den Kollegen darüber zu sprechen.
- Arbeitnehmer, die als K1- oder K2-Personen gelten, dürfen auf Anweisung ihres Vorgesetzten nicht mit ihren Arbeitskollegen darüber sprechen, dass sie Kontakt mit positiv Getesteten hatten.

- Arbeitgeber fordern positiv getestete Mitarbeiter auf, ihre Arbeitskollegen bei der Behörde keinesfalls als K1-Personen zu melden.
- Selbst Beschäftigte, die positiv getestet wurden, werden von ihren Arbeitgebern aufgefordert, Still-schweigen im Betrieb zu wahren. In manchen Fällen werden nicht einmal die unmittelbaren Arbeitskollegen informiert.
- Personen, die eigentlich behördlich durch die Quarantäne abgesondert sein sollten, müssen trotzdem zur Arbeit kommen.
- Trotz positiver Fälle im betrieblichen Umfeld werden keine Schutzmaßnahmen oder andere Vorkehrungen durch den Arbeitgeber getroffen.
- In manchen Pausenräumen gibt es null Sicherheitsvorkehrungen.
- Arbeitgeber fordern Mitarbeiter (K1-Personen), auf, sich für die Zeit der Quarantäne Urlaub zu nehmen.
- Die Ängste und Sorgen der Beschäftigten werden vom Vorgesetzten nicht ernst genommen und abgetan.

„Grüner“ Marshall-Plan aus der Gesundheitskrise

Zukunftsinvestitionen in klimafitten Wohnbau und umweltschonende Infrastruktur sind nachhaltiger Weg aus der Corona-Krise und dringend notwendig, um eine drohende Sozial- und Klimakrise abzuwenden.

Abg. z. NR Josef Muchitsch
GBH-Bundenvorsitzender

Nähere Infos

gbh-news.at



Krise ohne Gewerk

FÜR DICH DA. Die Krise bringt Angst um die eigene Gesundheit und jene der Angehörigen, Angst um den Arbeitsplatz, Angst vor der Zukunft, Unsicherheit angesichts einer Situation, die es so in Österreich seit langem nicht mehr gegeben hat.

Mach dich stärker und wirb Mitglieder

Die Corona-Krise hat deutlich gezeigt, wie wichtig es ist, starke Gewerkschaften zu haben.

Jetzt geht es darum, dass nicht wieder du als Beschäftigte/r die milliarden schweren Corona-Pakete bezahlen musst.

Je mehr deiner KollegInnen Mitglied der GBH sind, umso stärker bist auch du!

- Umso stärker können wir uns für **Konjunkturpakete einsetzen**, die deinen Arbeitsplatz sichern
- Umso stärker können wir uns dafür einsetzen, dass du auch **2021 deine Lohnerhöhung** bekommst und dein Urlaubs- und Weihnachtsgeld erhalten bleibt
- Umso stärker können wir uns dafür einsetzen, dass **deine persönliche Sicherheit** am Arbeitsplatz gewährleistet ist
- Umso stärker können wir uns dafür einsetzen, dass du in Zukunft **nicht noch länger für noch weniger Geld** arbeiten musst
- Umso stärker können wir uns dafür einsetzen, dass **unser Gesundheitssystem erhalten bleibt** und du nicht für gleiche Beiträge weniger Leistung bekommst als andere Berufsgruppen
- Umso stärker können wir uns dafür einsetzen, dass diesmal die **Superreichen ihren Beitrag zur Krisenbewältigung leisten**.

Das Jahr 2020 hat für uns alle große Herausforderungen und viele schlechte Nachrichten gebracht. Umso wichtiger ist es, in so einer Situation Teil einer starken Gewerkschaftsbewegung zu sein.

Den Gewerkschaften ist es gelungen, trotz der Krise Sicherheit zu vermitteln, eine noch größere Arbeitslosigkeit zu verhindern und Jobs zu sichern. Ein kurzer Überblick:

Ohne GBH keine Lohnerhöhungen

Auch in der Corona-Krise gab es für die Bau-, Holz- und SteinarbeiterInnen mehr Geld. In schwierigen Verhandlungen wurden die Kollektivverträge der Frühjahrslohnrunde erhöht.

Ohne GBH keine Kurzarbeit

Innerhalb weniger Tage ist es den Sozialpartnern im Zuge des ersten Corona-Lockdowns gelungen, eine Kurzarbeitsregelung umzusetzen, die Tausende Menschen vor der Arbeitslosigkeit und zahlreiche Unternehmen vor dem Zusperrern bewahrt hat. Die Kurzarbeitsregelung wurde adaptiert und sichert jetzt bis mindestens März 2021 Arbeitsplätze.

Ohne GBH keine Sozialpläne

Auch dort, wo kaum mehr etwas geht, ist die Gewerkschaft für ihre Mitglieder da: Teilweise müssen Firmen aus wirtschaftlicher Not MitarbeiterInnen abbauen, teilweise nutzen „schwarze Schafe“ die Corona-Krise, um unter diesem Deckmantel Produktionen auszulagern und Standorte zu schließen.

In jedem einzelnen Fall waren und sind GewerkschafterInnen vor Ort, um Sozialpläne zu erzwingen, für die Beschäftigten zu verhandeln und zu schauen, dass diese zu ihrem Geld und ihrem Recht kommen.

Ohne GBH keine Sicherheit am Arbeitsplatz

Die Bundesregierung wollte die Bauarbeiter nicht schützen. Es ist uns mit unseren Sozialpartnern daraufhin gelungen, binnen weniger Tage ein umfassendes Corona-Sicherheitskonzept auszuarbeiten und umzusetzen, mit dem Unternehmen angewiesen werden, den gesundheitlichen Schutz für ihre Bauarbeiter sicherzustellen. Die Sicherheitsbestimmungen wurden zu Beginn des 2. Lockdowns neu überarbeitet.

Aber auch für alle Beschäftigten in anderen Branchen haben wir durchgesetzt, dass es Sicherheitsvorkehrungen und Gesundheitsschutz geben muss. Zahlreiche Unternehmen konnten darüber hinaus überzeugt werden, ihren Beschäftigten für deren Einsatz einen Corona-Bonus auszuzahlen.

Ohne GBH kein Gesundheitsschutz und keine Leistungen der ÖGK

Nur durch den Kampf der Gewerkschaften um die Gesundheitskasse der ArbeitnehmerInnen, die von der türkis/blauen Bundesregierung zur ÖGK umgeformt wurde, ist es gelungen, grobe Einsparungsmaßnahmen zu verhindern. Hätte sich die Gegenseite mit ihren Plänen durchgesetzt, gäbe es jetzt in der Corona-Krise wohl nicht genug

schafft Bau-Holz?

Wie wäre die Krise ohne Gewerkschaft verlaufen?

Für Dich da!

Es gäbe keine

LOHNERHÖHUNGEN

für dich!

facebook.com/deinegbh

Spitalsbetten und keine so gute medizinische Versorgung für die Versicherten. Darüber hinaus konnte sich unser ÖGK-Obmann Andreas Huss bei vielen Maßnahmen durchsetzen – von deutlich mehr Plätzen für Psychotherapie bis hin zur telefonischen Krankschreibung.

Ohne GBH keine eigenen Konjunkturpakete

Wir haben konkrete Maßnahmen präsentiert, die deinen Arbeitsplatz sichern, die Wirtschaft ankurbeln und auch noch zum Klimaschutz beitragen. Jetzt kämpfen wir darum, dass diese Maßnahmen schnellstmöglich umgesetzt werden.

Dazu haben wir uns starke Partner „ins Boot“ geholt. Mit unseren Bau-So-

zialpartnern und der Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000 haben wir bereits Vieles erreicht und umgesetzt. Jetzt sind auch Städtebund, Gemeindebund und der Verband Österreichischer Projektentwickler (VÖPE) dabei, wenn es darum geht, Auftragsvergaben und Baubewilligungen zu beschleunigen und regionale Firmen mit ihren Beschäftigten bei den Aufträgen zum Zug kommen zu lassen (siehe dazu die Berichterstattung in diesem Heft).

Ohne GBH keine persönlichen Beratungen

Tausende KollegInnen haben sich in der Krise persönliche Unterstützung bei der GBH geholt. In persönlichen Gesprächen, unter Einhaltung sämtlicher Sicherheitsbestimmungen, über Telefon und Mail, mit Informationen auf

unseren Websites, auf Social Media bis hin zu einem speziellen SMS-Service für unsere Mitglieder – jede/r einzelne unserer MitarbeiterInnen, FunktionärInnen und BetriebsrätInnen unserer Branchen haben in Tausenden Arbeitsstunden die GBH-Mitglieder informiert, beraten und unterstützt.

Ohne GBH keine Unterstützung für Mitglieder

Natürlich bleiben auch während der Corona-Krise sämtliche Unterstützungsleistungen der GBH für ihre Mitglieder aufrecht – von der Bildungsunterstützung über die Arbeitslosenunterstützung bis hin zu günstigen Angeboten mit der Mitgliedskarte.

LINK-TIPP: Infos zu unseren Leistungen: soziale-fair-sicherung.at

Bauwirtschaft muss auch 2021 Konjunkturmotor bleiben

BAUAKTIV AUS DER KRISE. Appell an die Bundesregierung: Städte und Gemeinden rasch finanziell unterstützen. Genehmigungsverfahren schneller baureif machen. So wird die Konjunktur 2021 angekurbelt und unsere Arbeitsplätze gesichert und geschaffen. Schluss mit PR-Shows - Handeln ist jetzt gefragt.

Städte und Gemeinden waren in den letzten Jahren die größten öffentlichen Auftraggeber und der „Sprit“ für den Konjunkturmotor Bau. Das muss auch 2021 so bleiben. Dafür notwendige Maßnahmen wurden gemeinsam vom Städte- und Gemeindebund sowie den Bau-sozialpartnern und der Vereinigung Österreichischer Projektentwickler präsentiert.

Die Bauwirtschaft war 2020 eine der wichtigsten Branchen, welche einen noch größeren Konjunkturreinbruch in Österreich verhindert haben. Nach dem Lockdown im März haben die Bau-sozialpartner rasch einen COVID-19-Maßnahmenkatalog für ein sicheres Arbeiten auf Baustellen erarbeitet und damit die Gesundheit ihrer Beschäftigten bestmöglich geschützt. Nur dadurch konnten die Arbeiten rasch wieder

hochgefahren und die vollen Auftragsbücher aus der Zeit vor Corona auch 2020 abgearbeitet werden.

Quo Vadis 2021? Das nächste Jahr stellt alle vor neue Herausforderungen, auch die Bauwirtschaft

Bleibt die Bauwirtschaft Konjunkturmotor oder folgt auch in dieser Branche 2021 ein Konjunkturabschwung? Eine Frage, auf welche wir dringend Antworten durch rasche Maßnahmen brauchen. Städte und Gemeinden waren bisher die größten öffentlichen Auftraggeber am Bau und sorgten somit für den „Sprit“, um dem Konjunkturabschwung entgegenzuwirken. Geld aus baureifen privaten Projekten muss darüber hinaus schneller auf unseren Baustellen ankommen - in Schubladen kann es keine Arbeitsplätze schaffen und sichern.

Welche konkreten Maßnahmen müssen dazu rasch gesetzt werden?

■ **Städten und Gemeinden finanziell aus der Krise helfen**

Unsere 2095 Städte und Gemeinden brauchen auch 2021 einen Ersatz der fehlenden Einnahmen aufgrund der Corona-Krise durch den Bund, ansonsten könnte der Bauwirtschaft der größte Auftraggeber wegfallen.

■ **Wann, wenn nicht jetzt: FAIRE Vergaben nutzen und ermöglichen**

Alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um Ausschreibungen und Vergabeverfahren vereinfacht und schneller durchführen zu können. Dazu brauchen wir eine temporäre Erhöhung der vergaberechtlichen Schwellenwerte für Direktvergaben und beschränkte Ausschreibungen im Baubereich.

■ **Regionale Firmen & Beschäftigte fördern, BAU auf A verstärken**

Auftragsvergaben an österreichische Wertschöpfung knüpfen. Regionale Firmen mit ihren Beschäftigten müssen in Krisenzeiten noch stärker den Vorzug bekommen, damit die regionale Wertschöpfung und Kaufkraft erhalten bleiben und die Rekordarbeitslosigkeit in Österreich bekämpft wird. Das muss vom Generalauftragnehmer bis zum letzten Subunternehmer in der Auftragskette gelten.

Von der kleinsten Gemeinde Gramais in Tirol bis zur Bundeshauptstadt Wien, aber auch alle 9 Bundesländer und der Bund müssen im Kampf gegen eine anhaltende Rekordarbeitslosigkeit jetzt an einem Strang ziehen. Nur so wird es möglich sein, dass wir eine drohende Sozialkrise abwenden können. Parteipolitik und taktisches Vorgehen darf dabei keine Rolle spielen. Wir müssen alle Ideen, Maßnahmen und Konzepte sammeln, beurteilen und die besten davon rasch umsetzen. Egal, von wem diese zuerst vorgeschlagen wurden. Zeigen wir gemeinsam, zu welchem Kraftakt wir Österreicherinnen und Österreicher fähig sind. Wir müssen den Kommunen mehr Sprit geben, Bauprojekte aus der Warteschleife rausbringen und somit umsetzbar machen sowie öffentliche Vergaben und staatliche Prämien an österreichische Wertschöpfung und Auftragsvergaben knüpfen. Nur so schaffen wir es, schneller als prognostiziert mit 2023 die österreichische Wirtschaft wieder auf das Niveau von 2019 zu bringen.

Abg. z. NR Josef Muchitsch GBH-Bundesvorsitzender



„Wir müssen parteiübergreifend an einem Strang ziehen und alle Möglichkeiten nutzen, um eine drohende Sozialkrise abzuwenden“, sind sich Erwin Soravia (Präsident Projektentwickler Österreichs), Irene Wedl-Kogler (Baunebengewerbe), Alfred Riedl (Präsident Gemeindebund), Michael Ludwig (Präsident Städtebund), Josef Muchitsch (Bundesvorsitzender Gewerkschaft Bau-Holz) und Hans-Werner Frömmel (Bauhauptgewerbe) einig.

Österreichs Städte und Gemeinden sind immer schon die wichtigsten Investitionsmotoren gewesen. Dieser Motor muss gerade jetzt am Laufen gehalten werden. Denn 2020 sind Städte und Gemeinden mit massiven Einnahmeneinbußen von bis zu 2 Mrd. Euro konfrontiert. Gleichzeitig konnten die laufenden Ausgaben nicht reduziert werden, da Gemeinden Systemleistungen - von der Wasserversorgung bis zur Pflichtschule - erbringen. Der Städtebund fordert daher unter anderem finanzielle Mittel zum Ausgleich der Verluste sowie für Investitionen. Hier braucht es „echtes Geld“, das nicht durch zeitgleiche Steuersenkungen den Gemeinden wieder entzogen wird. Investitionen in die Daseinsvorsorge fließen in die lokale und regionale Wirtschaft vor Ort und hier insbesondere in die Bauwirtschaft. Außerdem ist es längst an der Zeit, ernsthafte Gespräche über einen Zugang der Städte und Gemeinden zur ÖBFA, der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur zu führen, um sich auch generell zu günstigen Konditionen refinanzieren zu können.

Bauen ohne „Brösel“

Genehmigungsverfahren und Baubewilligungen für private und öffentliche baureife Projekte, die bereits fertig in der Schublade liegen, durch die Baubehörden beschleunigen, damit diese 2021 realisiert werden. Ein zweiter Lockdown ist seit 16. November Realität und es besteht erneut die Gefahr, dass durch die Baugenehmigungsver-

fahren wieder ins Stocken geraten. Deshalb müssen auch virtuelle Möglichkeiten von Bauverhandlungen u.dgl. genutzt werden, um Bauprojekte baureif zu machen. Hier warten in den nächsten Jahren 25 Milliarden Euro darauf, auf unseren Baustellen anzukommen. Dadurch könnten 250.000 Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden.

Die Krise hat Schwachstellen in den volkswirtschaftlichen Abläufen aufgezeigt. Die Chance, hier ausgleichend zu wirken, müssen wir ergreifen. Das heißt Direktvergaben der öffentlichen Hand in der Region mit bevorzugt heimischen Firmen, Kontinuität in der Auftragsvergabe sowie längerfristig vorbereitete ausfinanzierte Projekte, um schnell und positiv auf die Konjunktur einwirken zu können. Gerade in einer so schwierigen Phase müssen die KMU, welche 90 % der Selbstständigen und 70 % der Beschäftigten stellen, gestärkt werden. Es ist eine Gratwanderung, aber wir geben in dieser Zeit unseren Mitarbeitern Sicherheit und Rückhalt. Die Wertschöpfung bleibt in der Region und durch kürzere Transport- und Anfahrtswege profitiert auch die Umwelt, deren Schutz in letzter Zeit leider etwas in den Hintergrund gerückt ist. Nutzen wir die Chancen der Krise, gestärkt durch die Regionalität, achtsam, ausgleichend und sensibel zu handeln und die Abläufe auch in der Zukunft im Miteinander zu gestalten.

Irene Wedl-Kogler Sprecherin Baunebengewerbe

Bgm. Michael Ludwig Präs. Städtebund

Bauwerke sind beschäftigungsintensive Einzelanfertigungen. Die Baubranche gilt daher als Schlüsselbranche für den heimischen Arbeitsmarkt. Zudem verfügt der Bau über vielfältige Verflechtungen mit anderen Branchen und entsprechende Multiplikator-Wirkungen. Es war daher kein Zufall, dass sich die österreichische Bundesregierung im Frühjahr trotz Corona-Shutdown dafür eingesetzt hat, dass die Bautätigkeit nicht zum Erliegen kommt und die Baustellen - unter Einhaltung strenger Sicherheitsvorkehrungen - weiterlaufen. Damit der Bau seiner Rolle als Konjunkturmotor bestmöglich nachkommen kann, muss die Baunachfrage weiterhin stabil gehalten werden. Dafür müssen Genehmigungsverfahren rasch wieder aufgenommen und beschleunigt durchgeführt werden. Zudem sind ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten für Länder und Gemeinden sowie wirksame Investitionsanreize für private Bauherren das Gebot der Stunde.

KR Ing. Hans-Werner Frömmel Bundesinnsungsmeister Baugewerbe

Schwarzer Freitag: Re



PARLAMENT. Bundesregierung arbeitet mit Unwahrheiten. Nach der Abschaffung der abschlagsfreien Hacklerregelung wurden auch weitere Verschlechterungen beschlossen.

Der 20. November 2020 geht als „schwarzer Freitag“ für alle Arbeiter und Pensionisten in die Geschichte ein.

Die Bundesregierung beschloss in einer Nacht- und Nebelaktion – ohne parlamentarische Vorberatung und Einbindung von Experten – Kürzungen für zukünftige Pensionen und das Aus für alle abschlagsfreien Frühpensionen.

Massive Pensionskürzungen

Nach der Abschaffung der abschlagsfreien Hacklerregelung, Schwerarbeits-

und Invaliditätspension – für Menschen, welche 45 Jahre und mehr hart gearbeitet haben – wurde auch eine massive Verschlechterung für alle zukünftigen PensionistInnen beschlossen. Bei mehr als 100.000 Pensions-Neuzugängen pro Jahr soll die Pensionsanpassung im ersten Pensionsjahr gekürzt werden, das bedeutet weniger Pension über die gesamte Pensionsdauer.

Krise zahlen ArbeitnehmerInnen

„Die Krise zahlen die ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen!“, so GBH-BV Abg. z. NR Josef Muchitsch.

Online-Konzerne sind die Gewinner der Krise, bleiben aber verschont

Gerecht wäre eine Solidarabgabe für die großen milliardenschweren Online-Konzerne, die von der Krise profitieren, stattdessen passiert ein unsozialer Pensionsraub.

Vor der Nationalratswahl hat die ÖVP bei der Hacklerregelung und der vollen Pensionsanpassung im ersten Pensionsjahr mitgestimmt. „Vor der Wahl zustimmen und nach der Wahl wieder wegnehmen. Glaubwürdigkeit schaut anders aus“, ist Muchitsch „sauer“.

Es gibt zwei massive Pensionskürzungen durch die Bundesregierung: Kürzung 1: Volle Abschläge bei allen Frühpensionen nach 45 Arbeitsjahren. Kürzung 2: Verschieben der Pensionserhöhungen bei allen Pensionsneuzugängen ab 2022! Somit wird bei Arbeitern und Angestellten gleich doppelt gekürzt. Im Gegenzug gibt es 1 Euro brutto Pension mehr pro Arbeitsmonat für 15- bis 20-Jährige im Berufsleben. Herr Kurz und Herr Kogler, ein gerechtes Pensionssystem schaut anders aus!

Abg. z. NR Josef Muchitsch GBH-Bundesvorsitzender

Alle Abschläge ab 2022

Quelle: Pensionsversicherungsanstalt

Langzeitversichertenpension („Hacklerregelung“)	4,2% pro Jahr: max. 15%
Korridorpension	5,1% pro Jahr: max. 15,3%
Langzeitversichertenpension mit Schwerarbeit (ASVG)	1,8% pro Jahr: max. 9%
Schwerarbeitspension	1,8% pro Jahr: max. 9%
BU-/IV-Pension	4,2% pro Jahr: max. 13,8%

gierung kürzt Pensionen

Bei einer Berufsgruppe, die am wenigsten Beiträge zahlt und die höchsten Bundeszuschüsse bekommt, werden die Pensionen erhöht, bei den Arbeitern und Angestellten, die die höchsten Beiträge zahlen, am längsten arbeiten und die niedrigsten Zuschüsse bekommen, wird gekürzt. Geht's noch? Ist das gerecht?

Pensionsraub!

Abg. z. NR Josef Muchitsch GBH-Bundesvorsitzender

Was verlieren die Arbeitnehmer?

Im normalen Pensionsverlauf verlieren die Menschen eine Jahrespension. Zudem handelt es sich um eine extreme Ungleichbehandlung, denn bei den Bauern hat man heuer zweimal Verbesserungen vorgenommen. Laut Muchitsch geht es kaum unfaire: „Bei einer Berufsgruppe, die am wenigsten Beiträge zahlt und die höchsten Bundeszuschüsse bekommt, werden die Pensionen erhöht, bei den Arbeitern und Angestellten, die die höchsten Beiträge zahlen, am längsten arbeiten und die niedrigsten Zuschüsse vom Staat bekommen, wird gekürzt.“

Fake-News der Bundesregierung

Zudem argumentieren ÖVP und Grüne mit Unwahrheiten, wenn sie behaupten, dass Arbeiter, die schwer arbeiten, alle in die Schwerarbeitspension fallen. „Ein Spengler, der bei jedem Wetter auf dem Dach ist, Zementarbeiter, Tischler, Ziegelerbeiter, Mechaniker u.v.m.- Sie

Bundesbeiträge 2019 in Euro pro Pensionsbezieher/Monat

Arbeiter/Angestellte **139,18**

Unternehmer **482,88**

Bauern **657,75**

alle sind keine Schwerarbeiter im gesetzlichen Sinn und haben nur die Hoffnung, über die Langzeitversicherungsregelung ohne Abschläge in Pension zu kommen“, stellt Muchitsch richtig. Das oft gebrachte Frauen-Argument im Zusammenhang mit der Hacklerregelung ist für Muchitsch ein ungerechtes gegenseitiges Auspielen und schaffe keine Verbesserung für Frauen. Frauen dürfen jetzt noch bereits mit 60 Jahren in ein abschlagsfreie Pension gehen

und hätten in wenigen Jahren von der „Hacklerregelung“ auch profitiert.

Der nächste Fake der Bundesregierung ist der Frühstarterbonus

Der Frühstarterbonus ist leider nicht mehr als eine Alibiaktion. Pro Arbeitsmonat gibt es bis zu 20. Lebensjahr nur einen Euro brutto mehr Pension, Feri-jobs sind nicht erfasst. Die Grünen haben sich über den Tisch ziehen lassen – denn der Bonus hätte zumindest höher ausfallen müssen. „Abschlagsfreie Pensionen sind leistbar, wenn wir sie uns leisten wollen. Einen Frühstarterbonus könnte man zusätzlich einführen. Der Abtausch hingegen ist unsozial und ungerecht“, so Muchitsch.

Bei der ersten Gelegenheit, wo es eine Mehrheit im Parlament gegen diesen Pensionsraub gibt, werden wir diese unfairen Maßnahmen von ÖVP und Grünen wieder korrigieren.

Abg. z. NR Josef Muchitsch

Abschlagsfreie Pensionen 2020

Alterspensionen und Langzeitversicherten Regelung



Frauen **35.382**



Männer **18.260**

Die Grafik zeigt, 2020 gingen mehr Frauen in abschlagsfreie Pensionen als Männer

Hackler zahlen die Krise

INTERVIEW. Wer 45 Arbeitsjahre „am Buckel“ hat, verdient eine Pension ohne Abschläge. Städte und Gemeinden brauchen finanzielle Unterstützung. Wir führten dazu mit GBH-Bundesvorsitzenden Abg. z. NR Josef Muchitsch ein Gespräch.

Jetzt ist klar, wem die Regierung die Kosten für die Krise umhängen will: Hackler, die ihr Leben lang gearbeitet haben, werden „bestraft“!

Die Bundesregierung hat alle abschlagsfreien Pensionen nach 45 Beitragsjahren gestrichen. Was sagen Sie dazu?

Die Hacklerregelung fallen zu lassen, ist eine Watsch'n für all jene, welche 45 Jahre schwer gearbeitet und mindestens 540 Monate brav Beiträge bezahlt haben. Aber nicht nur das! Auch bei der bisher abschlagsfreien Schwerarbeits- und Invaliditätspension nach 45 Beitragsjahren werden wieder Abschläge eingeführt. Das ist unsozial.

Aber im Gegenzug kommt laut der Bundesregierung ein Frühstarterbonus. Ist die Aufregung hier dann nicht ganz umsonst?

Nein. Der Frühstarterbonus ist genauso unfair wie die Abschaffung der Hacklerregelung. Nichts gegen Frühstarterbonus, aber es kann nicht sein, dass im Gegenzug jene Menschen, die 45 Jahre schwer gearbeitet haben, dafür bestraft werden. Türkis-Grün nimmt diesen Menschen, die lange gearbeitet haben, durchschnittlich 300 Euro weg und gibt maximal 60 Euro zurück. Schlimm ist, dass die Bundesregierung mit der Spaltung zwischen Männern und Frauen, Jung und Alt und Berufsgruppen versucht, von ihrem Raubzug gegen ArbeitnehmerInnen abzulenken.

Zu einem anderen Thema. Gemeinsam mit den Sozialpartnern, dem Städte- und Gemeindebund sowie dem Verband der Österreichischen Projektentwickler fordert die GBH,



GBH-Bundesvorsitzender Abg. z. NR Josef Muchitsch kämpft im Parlament unermüdlich für regionale Betriebe und deren Beschäftigte sowie Städte und Gemeinden. Denn Städte und Gemeinden sind einer der wichtigsten Auftraggeber am Bau.

dass die Bundesregierung den Gemeinden ihre finanziellen Ausfälle durch Corona 2021 ersetzen muss. Warum ist das so wichtig?

Die Bauwirtschaft war 2020 eine der Branchen, welche einen größeren Konjunkturerückgang verhindert hat. Damit das 2021 auch so bleibt, muss die Bundesregierung den Städten und Gemeinden die finanziellen Ausfälle durch die Krise ersetzen. Sonst fehlen uns für 2021 die größten öffentlichen Auftraggeber. Die Bundesregierung muss endlich ins Handeln kommen - sonst sehe ich „schwarz“ für 2021. Denn nur darauf zu warten, bis alles besser wird und dass es einen Impfstoff gibt, wird einfach nicht reichen.

Welche Maßnahmen soll die Bundesregierung setzen?

Die Bundesregierung muss Städten und Gemeinden finanziell aus der Krise helfen. Unsere 2095 Städte und Gemeinden brauchen 2021 einen Ersatz der fehlenden Einnahmen aufgrund der Corona-Krise. Immerhin sind sie der größte öffentliche Auftraggeber.

Des Weiteren appelliere ich an die Gemeinden, Baugenehmigungen schneller abzuwickeln und alle rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, damit regionale Firmen mit ihren Beschäftigten gerade jetzt den Vorzug bei Aufträgen bekommen. Nur so erhalten wir die regionale Wertschöpfung und Kaufkraft. Nur so können wir die Rekordarbeitslosigkeit in Österreich aktiv bekämpfen. Das gilt auch für private Auftraggeber. Die Lärmschutzwand aus Ungarn oder die Küche aus Slowenien helfen uns nicht, Arbeitsplätze in Österreich zu sichern.

Spielen die Städte und Gemeinden da überhaupt mit?

Sowohl Gemeindebund wie Städtebund unterstützen unsere Forderungen Richtung Bundesregierung. Parteipolitik und taktisches Vorgehen dürfen dabei keinen Platz haben. Egal, wann und von wem es gute Vorschläge gibt, diese gilt es neutral zu bewerten und die besten davon umzusetzen. Nur so schaffen wir es, die österreichische Wirtschaft schneller wieder auf das Niveau von 2019 zu bringen. Nur so können wir die Rekordarbeitslosigkeit bekämpfen.

BUAG-Novelle geschafft 6. Urlaubswoche u.v.m.

BUAG. Das Ergebnis nach 18 Monaten Verhandlungsmarathon mit Bau-Sozialpartnern und Politik wurde über die Ziellinie gebracht. **Deine GBH hat's erreicht!**

Gerade die Corona-Krise zeichnet tiefe Spuren in der Bauwirtschaft. Es gibt Rekordarbeitslosigkeit und die Betriebe rechnen mit ersten wirtschaftlichen Rückgängen. Die Auftragsbücher für 2021 sind noch leer, da die Vorschläge der GBH von der Bundesregierung nicht aufgenommen werden.

Dennoch beweist unsere Branche Rückgrat. Die Bau-Sozialpartner waren bereit, in dieser Krise, unter Einhaltung von Sicherheitsvorgaben, den Betrieb auf den Baustellen aufrecht zu erhalten. Die Kurzarbeit wird nur in geringem Ausmaß in Anspruch genommen. Außerdem gab es einen Rekord an Urlaubsverbrauch im März und April.

Mit dieser BUAG-Novelle wird eine Reihe von Maßnahmen, welche die Bau-Sozialpartner auf Kollektivvertrags-Ebene ausverhandelt haben, per Gesetz auf Schiene gebracht.

Die BUAG-Novelle sieht eine Refundierung der Kosten für die Winterfeiertage vor. Das bedeutet, dass Baufirmen, die über Weihnachten im Winter ihre Mitarbeiter in Beschäftigung halten, bei den Lohnnebenkosten stärker entlastet werden. Damit rechnen sich Kündigungen vor Weihnachten nicht mehr.

Lohnnebenkostensenkung im Winter

Als weiterer finanzieller Anreiz wird der Zuschlagsfaktor für alle BUAG-Arbeitgeber im Sachbereich Überbrückungsgeld für den Zeitraum Dezember bis März gesenkt, ohne dass damit eine Schlechterstellung bei Ansprüchen für ArbeitnehmerInnen entsteht.



Dieses Gesamtpaket ist eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten, sowohl für Arbeitgeber, Arbeitnehmer und auch für den Staat. So funktioniert gelebte Sozialpartnerschaft.

**6. URLAUBS-
WOCHE
erreicht!**

6. Urlaubswoche und weitere Maßnahmen der Novelle

Neben den Maßnahmen zur besseren Durchbeschäftigung im Winter sieht die BUAG-Novelle vor, dass ab 1. Jänner 2021 Bauarbeiter den Anspruch auf die sechste Urlaubswoche bereits nach 20 Arbeitsjahren (1.040 BUAG-Beschäftigungswochen) erhalten. Bisher waren 22 Arbeitsjahre (1.150 BUAG-Beschäftigungswochen) notwendig.

„Dieses Gesamtpaket ist eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten, sowohl für Arbeitgeber, Arbeitnehmer und auch für den Staat. So funktioniert gelebte Sozialpartnerschaft“, zeigt sich GBH-Bundesvorsitzender Abg. z. NR Josef Muchitsch über diese Novelle sehr zufrieden.

Jahresarbeitszeitmodell

Im Zuge der Vor-Verhandlungen zu dieser Novelle haben die Bau-Sozialpartner ein Jahresarbeitszeitmodell konzipiert. Dieses ist im Wesentlichen für Betriebe gedacht, die saisonal stark schwankenden Beschäftigungszeiten ausgesetzt sind. Das (optionale) Modell ermöglicht eine optionale Verlängerung des Durchrechnungszeitraumes für die höchstzulässige Arbeitszeit. Der derzeitige 17-wöchige Durchrechnungszeitraum kann somit auf bis zu 52 Wochen bei höheren Zuschlägen ausgedehnt werden. Das neue Arbeitszeitmodell muss per Betriebsvereinbarung vereinbart werden.

Details der Novelle als A3-Plakat
gibt's auf den nächsten Seiten.

Die BUAG-NOVELLE

1

Bessere Abgeltung der Lohnnebenkosten im Sachbereich Winterfeiertagsvergütung

Derzeit werden Baufirmen bei der Refundierung der Kosten für die Winterfeiertage die Lohnnebenkosten („Nebenleistungen“) lediglich pauschal in der Höhe von 17 % refundiert (dies ist bloß historisch zu begründen). Die Lohnnebenkosten für Sozialversicherungsbeiträge, FLAF und Kommunalsteuer wie im Sachbereich Urlaub werden zur Gänze mit 30,1 % erstattet. Der Zuschlagsfaktor für die Arbeitgeber erhöht sich dadurch. **Diese Maßnahme bringt für die Baufirmen den Anreiz, ihre Arbeiter über Weihnachten im Winter in Beschäftigung zu halten, anstatt arbeitslos zu melden.**

Gültig seit 01. 12. 2020

**Abmelden vor Weihnachten
RECHNET SICH NICHT MEHR!**

2

Entlastung für alle BUAG-Arbeitgeber bei Zuschlägen zum Sachbereich Überbrückungsgeld im Winter

Alle Arbeitgeber sollen bei Zuschlägen für den Sachbereich Überbrückungsgeld entlastet werden. Eine Schlechterstellung bei Ansprüchen aus dem Sachbereich Überbrückungsgeld für die Arbeitnehmer ist ausgeschlossen. **Die geringere Belastung der Betriebe mit geringeren Zuschlägen für den Sachbereich Überbrückungsgeld im Winter macht die Durchbeschäftigung für Arbeiter attraktiver.**

Gültig seit 01. 12. 2020

**Geringere Lohnnebenkosten in den Wintermonaten
SICHERN AUCH DEINEN ARBEITSPLATZ!**

Deine GBH hat es für dich erreicht!

2020 im Detail

6.
URLAUBS-
WOCHE
erreicht!

GESCHAFFT!

3 Umsetzung **6. Urlaubswoche**

Gültig ab 01. 01. 2021

Für Arbeiter im Geltungsbereich des BUAG **gebührt die 6. Urlaubswoche bereits ab 1.040 in BUAG-Betrieben erworbenen Beschäftigungswochen.** Derzeit gelten 1.150 Wochen.

**6 WOCHEN URLAUB ab
20 ARBEITSJAHREN am BAU!**



BUAG-Novellen seit 2006

Besseres Leben durch die GBH

BUAG-Novellen. 8 Highlights der letzten Jahre von deiner GBH für dich erkämpft

Zielsetzung der BUAK

Durch die gesetzliche Branchenregelung ist es möglich, für die besonderen Gegebenheiten in der Bauwirtschaft betriebsübergreifende Lösungen umzusetzen. Die BUAK, als in Selbstverwaltung geführte Institution der Bau-Sozialpartner, stellt dabei sicher, dass gemeinsam geschaffene Regelungen umgesetzt werden.

8 Highlights seit 2006

1 1. Mai 2006

Arbeitnehmerinformation

Alle Arbeitnehmer im Geltungsbereich des BUAG erhalten seit Mai 2006 eine Arbeitnehmerinformation, mit der sie über **Beschäftigungszeiten, kollektivvertragliche Einstufungen und Ansprüche informiert** werden.

2 2008

Sozialbetrugsbekämpfungsgruppe der BUAK kontrolliert Löhne

Im Jahr 2008 wurde mit 5 Personen mit Baustellenkontrollen im Raum Wien und Umgebung begonnen, um die Einhaltung der **Bestimmungen des BUAG zu überprüfen**. Im Laufe der folgenden Jahre wurde die Tätigkeit auf ganz Österreich ausgeweitet und die Personenzahl sukzessive angehoben. Ende 2019 lag der Personalstand bei 35,27 BaustellenerheberInnen, wobei mit der juristischen Nachbearbeitung der im Außendienst getroffenen Feststellungen 11,51 (VZÄ) JuristInnen betraut waren.

Im Jahr 2019 wurden 11.728 Baustellenkontrollen vorgenommen und 57.140 ArbeitnehmerInnen von 16.130 Unternehmen überprüft.

3 01. September 2013

BUAG-Beschäftigungszeiten sind Schwerarbeitszeiten

Beschäftigungszeiten am Bau gelten als besonders belastende Berufstätigkeiten und sind daher **automatisch als Schwerarbeit zu werten**.

4 01. Jänner 2014

Überbrückungsgeld

Ziel ist es, BauarbeiterInnen, die langjährig in der Bauwirtschaft tätig waren und die nicht bis zum Pensionsantritt (Alters-, Schwerarbeits- und Korridor-pension) in Beschäftigung bleiben können, für die beschäftigungsfreie **Zeit bis zum Pensionsantritt eine vorzeitige Absicherung in Form des Überbrückungsgeldes** anzubieten. Jenen Arbeitnehmern, die zwar alle Anspruchsvoraussetzungen für das Überbrückungsgeld erfüllen, dieses aber nicht (zur Gänze) in Anspruch nehmen, sondern weiterhin in einem Baubetrieb beschäftigt bleiben, gebührt bei Pensionsantritt auf Antrag eine Prämie in Form der Überbrückungsabgeltung von derzeit 50 % des Überbrückungsgeldes.

5 01. Jänner 2014

Urlaubersatzleistung

Die Urlaubersatzleistung ist die Abgeltung des bei Ende des Arbeitsverhältnisses noch offenen und nicht verbrauchten Urlaubsanspruches. In der „**zwingenden Variante**“ werden Urlaubsanspruchsaufträge, die innerhalb von 6 Monaten verfallen würden, unabhängig von einer Antragstellung **automatisch von der BUAK ausbezahlt**. In der „**freiwilligen Variante**“ kann der Arbeitnehmer unmittelbar nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses die

Urlaubersatzleistung bei der BUAK beantragen.

6 Jänner 2018

Meldepflichtung der Unternehmen von Lage, Ausmaß und Ort bei Teilzeitbeschäftigung

Seit Jänner 2018 müssen bei Teilzeitbeschäftigungen Ausmaß und Lage der Arbeitszeit und der Einsatzort und alle Änderungen dieser Angaben gemeldet werden. **Diese Maßnahme zielt darauf ab, den Missbrauch von Teilzeitbeschäftigungen im Baubereich zu reduzieren.**

Im Jahr 2017 lag der Anteil der BauarbeiterInnen mit Teilzeitbeschäftigung noch bei 9 %, im März 2018 nur mehr bei 5,01 % und im März 2020 sank dieser auf 3,63 %.

7 März 2019

Baustellendatenbank der BUAK

Diese ist für die BUAK und alle anderen Kontrollbehörden eine **Unterstützung bei der Durchführung von Kontrollen**. Aufgrund einer Novelle zum Bundesvergabegesetz werden ab März 2019 bei allen öffentlichen Aufträgen über 100.000 Euro nicht nur das Bauvorhaben und die allerwichtigsten Daten, sondern auch das Tätigwerden aller Subunternehmer dokumentiert.

8 Ab 1. Jänner 2021

Umsetzung 6. Urlaubswoche

Für Arbeitnehmer im Geltungsbereich des BUAG gebührt die 6. Urlaubswoche bereits ab 1040 in BUAG-Betrieben erworbenen Beschäftigungswochen. **Wir als GBH sind hier wieder Vorreiter für alle anderen Branchen.**

Deine GBH auf SocialMedia



Der nächste Schritt zur Modernisierung unserer Kommunikation ist getan.

Wir sind auf Facebook und Instagram.

Für unsere GBH-Mitglieder bedeutet das, **noch schneller, noch besser und in übersichtlicher Form** über unsere Arbeit informiert zu sein.

Du findest uns auf Facebook: **facebook.com/deinegbh**

... und so findest du uns auf Instagram: **instagram.com/gewerkschaft_bauholz**



gbh-news.at

Für dich da! Pensionsantritt für 61-jährigen Bauarbeiter gerettet

RECHTSSCHUTZ. Gerade in Zeiten der Corona-Krise versuchen „schwarze Schafe“ unter den UnternehmerInnen, Beschäftigte „billig“ loszuwerden. Die GBH ist für ihre Mitglieder da, berät, unterstützt und beschreitet, wenn notwendig, oft in Kooperation mit der AK, den Rechtsweg. AK und GBH sind starke Partner für dich!

Besonders unsozial wurde mit einem 61-jährigen Bauarbeiter umgegangen.

Völlig unerwartet wurde dem Mann aus dem Bezirk Steyr-Land von seinem Arbeitgeber gekündigt – nach 13 Jahren in der Firma.

Der Bauarbeiter war völlig verzweifelt – fehlten ihm doch nur noch wenige Versicherungsmonate, um mit 62 in die sogenannte Korridor pension gehen zu können. Offenbar wollte der Arbeitgeber den Mann wegen mehrerer Krankenstände nach einem schweren Arbeitsunfall vor einigen Jahren „loswerden“.

Wir haben uns gemeinsam mit der AK vor Gericht für unser Mitglied durchgesetzt

Das Team der AKOÖ schaute sich die Kündigung genauer an und stellte fest, dass sie nicht nur absolut unsozial, sondern auch fristwidrig erfolgt war und brachte beim Arbeitsgericht Klage gegen die Firma ein.

Das Gericht schloss sich der AK-Meinung an – es kam zu einem gerichtlichen Vergleich. Die Firma erklärte sich bereit, den Arbeiter so lange wieder einzustellen, bis er seine fehlenden Versicherungsmonate für die Pension beisammen hat. Auch eine völlig un-

berechtigte Geldforderung wegen der angeblichen privaten Nutzung des Firmen-PKW wurde vom Arbeitgeber zurückgenommen.

Wenn du Unterstützung und rechtliche Beratung brauchst, wende dich an deine GBH-Landesorganisation. GBH-Mitglieder haben Rechtsschutz. Wir sind für dich da!

**GBH-Bundessekretariat
Zentraler Rechtsschutz
Mag.^a Brigitte Schulz**

1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1
Telefon 01/534 44-59141
E-Mail: brigitte.schulz@gbh.at
www.bau-holz.at

BAUaktiv

Wege aus der Krise

Gemeinsam mit unseren Sozialpartnern und ExpertInnen erarbeiten wir realisierbare Konzepte im Kampf gegen die Rekordarbeitslosigkeit.

Konjunktur ankurbeln

Arbeitsplätze sichern

Regionale Betriebe stärken

Klima schützen



gbh-news.at



Hunderttausende Menschen vor Arbeitslosigkeit geschützt

KURZARBEIT. Die Kurzarbeit ist das sozialpartnerschaftliche Modell zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit während der Corona-Pandemie

**Kampf
gegen
Armut!**

Rasch handeln

Nach Ausbruch der Pandemie im Frühjahr war rasch absehbar, dass viele Branchen in hohem Maß von Kündigungswellen betroffen sein werden. Deshalb wurde von den Sozialpartnern innerhalb weniger Tage ein Kurzarbeitsmodell entworfen, das im Wesentlichen auf einer Nettoersatzlogik aufbaut. Je nach Höhe des Einkommens erhalten ArbeitnehmerInnen 80/85/90 Prozent des Nettoeinkommens während der Kurzarbeit. Die Arbeitszeit muss während der Kurzarbeit merklich reduziert werden.

Anlaufschwierigkeiten beseitigt

In der ersten Phase führte dieses Modell zu sehr viel Unsicherheit und teilweise zu Unzufriedenheit. Denn: Egal, wie viel gearbeitet wurde, bekamen Beschäftigte eben nur die Nettoersatzrate. Diese Tatsache bildete geleistete Arbeit nicht fair ab! Spätestens in der Phase III konnte dieses Problem gelöst werden: Tatsächlich geleistete Stunden werden voll entlohnt, für den Rest der Stunden gebührt die Nettoersatzrate.

Für die Bemessung der Nettoersatzrate wird im Wesentlichen nur das Grundeinkommen berücksichtigt. Das hat bei vielen Arbeitern, deren Lohn sich in hohem Maß aus Zulagen zusammen-

setzt, zu Unzufriedenheit geführt. Trotz massiver Bemühungen unsererseits scheiterte eine Verbesserung im Bereich der Nettoersatzrate am Widerstand der Arbeitgeber.

Das AMS verlangte zu Beginn der Kurzarbeit, dass Mitarbeiter nur dann in die Kurzarbeit geschickt werden dürfen, wenn sie ein volles Monat Vorbeschäftigung nachweisen können. Vor allem für Bauunternehmen, deren Mitarbeiter im März aus der Winterarbeitslosigkeit zurückgekommen sind, war das ein Riesenproblem. Gleiches gilt für die Tourismusbranchen. Auch Dank der Bemühungen unseres Bundesvorsitzenden, der über Monate hinweg dutzende Initiativen zur Streichung der Notwendigkeit des Vormonats gesetzt hat, konnte nun eine rückwirkend gültige Lösung gefunden werden. Unternehmen, die Mitarbeiter in Kurzarbeit gemeldet haben, die kein Monat Vorbeschäftigung nachweisen konnten, müssen die Kurzarbeitsbeihilfe nicht zurückzahlen.

GBH hat Verbesserungen erwirkt

Als GBH konnten wir viele Verbesserungen erreichen. Wir waren nicht nur für unsere Mitglieder, sondern auch für unzählige Unternehmer erreichbar und haben alles getan, um sie von der Kurzarbeit zu überzeugen. Der Erfolg gibt

uns Recht: Tausende BAU-HOLZ-Betriebe entschieden sich gegen Kündigungen und für die Kurzarbeit!

Zweiter Lockdown

Dies gilt es nun auch im zweiten Lockdown fortzusetzen. Deshalb haben wir den Zugang zu Kurzarbeit für Betriebe, die ihre Mindestarbeitszeit auf unter dreißig Prozent reduzieren wollen, für die Zeit des Lockdowns vereinfacht. Wird nur für den November Kurzarbeit beantragt, ist keine Bestätigung der wirtschaftlichen Notwendigkeit durch den Steuerberater nachzuweisen und der Antrag wird innerhalb von 72 Stunden bearbeitet.

Noch höhere Arbeitslosigkeit wurde durch Kurzarbeit verhindert

Trotz aller Unzulänglichkeiten, die dieses Kurzarbeitsmodell vielleicht auch hat – eine noch höhere Arbeitslosigkeit konnte verhindert werden. Arbeitslosigkeit bedeutet niedrigeres Einkommen, niedrigere Pensionen, weniger Beschäftigung und somit geringere Sonderzahlungen als auch eine höhere Belastung der öffentlichen Budgets – von den persönlichen Belastungen ganz abgesehen! Aus diesem Grund werden wir auch weiterhin alles dafür tun, Menschen in das Kurzarbeitsmodell zu integrieren!

Kurzarbeit ist kurzfristig ein gutes Mittel, um vor Arbeitslosigkeit zu schützen. Wir müssen die Menschen jedoch so schnell wie möglich auch wieder in volle Arbeitsverhältnisse bringen, damit die Beschäftigten langfristig genug Geld zum Leben haben.

Abg. z. NR Josef Muchitsch GBH-Bundesvorsitzender

Die ÖGK ist Eigentum der Versicherten

Weniger als 300.000 Unternehmen haben nun gleich viele Stimmen wie 7,4 Millionen Versicherte, obwohl Krankenversicherungsbeiträge zu 100 Prozent von den ArbeitnehmerInnen erarbeitet werden.



ÖGK-Obmann Andreas Huss analysiert das **erste Jahr der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK)**

DEINE GESUNDHEIT. Die türkis/blau Bundesregierung hat 2018 die Gebietskrankenkassen zur ÖGK umgebaut und damit der Arbeitgeberseite umfangreichere Eingriffsmöglichkeiten in die Krankenkasse der ArbeitnehmerInnen eröffnet.

„Die ÖGK ist das Eigentum von fast 7,4 Millionen Versicherten, sie ist keine Aktiengesellschaft und gehört schon gar nicht den Dienstgebern!“, erklärt Andreas Huss, der im 2. Halbjahr 2020 die ÖGK-Obmannschaft innehat. Die Funktion wandert ab 1. Jänner 2021 für ein halbes Jahr wieder zum Dienstgebervorteiler.

Parität

„Weniger als 300.000 Unternehmen haben nun gleich viele Stimmen wie 7,4 Millionen Versicherte, obwohl Krankenversicherungsbeiträge zu 100 Prozent von den ArbeitnehmerInnen erarbeitet werden. Denn auch die so genannten Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sind von den Arbeitnehmern erarbeitete Lohnbestandteile und somit deren Eigentum. Was bedeutet das in der Praxis? Leistungen, die wir als Arbeitnehmervertreter für die ArbeitnehmerInnen fordern, sind jetzt vom Wohlwollen der Arbeitgeber in UNSERER Versicherung abhängig, die bisher immer vom ÖVP-Arbeitnehmerbund ÖAAB unterstützt werden und uns damit überstimmen können.“

Lohnnebenkostensenkung

Bei der AUVA wurden bereits rund 120 Mio. Euro an Lohnnebenkosten zu Gunsten der Dienstgeber gesenkt. Bezahlen werden diese Senkung, von der nur Dienstgeber profitieren, durch Umschichtungen beim Ersatz von Arbeitsunfällen die BeitragszahlerInnen der ÖGK. Das Ziel der Unternehmer in der



Andreas Huss kritisiert zu Recht, dass private Gesundheitsdienstleister seit der türkis-blauen Regierung wesentlich mehr Geschäfte von der ÖGK – auf Kosten der Versicherten – bekommen.

ÖGK sind aber noch weitere Lohnnebenkostensenkungen. Der Wirtschaftsbund hat schon angekündigt, dass in der ÖGK gespart werden muss, um weitere Lohnnebenkostensenkungen für die Unternehmen zu ermöglichen. Eine Art der Lohnnebenkostensenkung könnte auch ganz versteckt erfolgen. So haben die Dienstgeber bereits Verschärfungen bei den Krankenstandskontrollen und bei den Krankenständen gefordert.

Private Dienstleistungsanbieter

PRIKRAF - hinter diesem Kürzel verstecken sich die Privatspitäler. Diese werden zu einem Großteil von der PremiQuamed, einer Tochter der UNIQA-Versicherung, geführt. Ein Zufall,

dass der damalige Finanzminister Löger aus der UNIQA kam? Im Ibiza-Untersuchungsausschuss erhärtet sich der Verdacht immer mehr, dass private Gesundheitsdienstleister wie die PremiQuamed oder die Privatklinik Währing mit großzügigen Spenden für Parteiorganisationen auf deren Politik Einfluss nehmen, um sich Geschäfte auf Kosten der ÖGK-BeitragszahlerInnen zukommen zu lassen.

Alleine die Aufnahme der Privatklinik Währing kostete uns BeitragszahlerInnen 10 Mio. Euro zusätzliche Beiträge pro Jahr. Mit diesem Geld könnten 50 Arztstellen pro Jahr finanziert werden. Das Geld fließt nun zu einem Gutteil in die Kassen der UNIQA-Versicherung.

Das ist also die Kassenreform von Türkis/Blau. Ja, eine wirkliche Jahrhundertreform. Denn einen derart dreisten Eingriff in die Taschen der Versicherten hat es tatsächlich in den letzten hundert Jahren nicht mehr gegeben. Wir werden alles daran setzen, diesen Diebstahl an den Versicherten wieder rückgängig zu machen.

Andreas Huss, MBA, ÖGK-Obmann

BIG5 und mehr: Gute Gr

STÄRKE DICH SELBST. Je mehr Mitglieder wir in deiner Branche haben, umso besser können wir uns für deine Anliegen einsetzen. Umso höher sind deine Lohn-erhöhungen, denn umso stärker ist unsere Verhandlungsposition. Deshalb: Stärke DICH selbst! Wirb Mitglieder. Damit es DIR gut geht!

Ohne Gewerkschaft keine Lohnerhöhung

Ohne GBH gibt es keine jährlichen Lohnerhöhungen – schon gar nicht in Zeiten einer Krise. Auch rahmenrechtliche Bestimmungen wie Überstundenzuschläge, Taggelder usw. werden in den Kollektivvertragsverhandlungen für dich jährlich erkämpft.

Eine unserer Hauptaufgaben ist es, eure Löhne zu verhandeln. Niemand anderer als die Gewerkschaft verhandelt deinen Kollektivvertrag.

Es gibt keine gesetzlichen Lohnerhöhungen!

Jede Lohnerhöhung muss am Verhandlungstisch oder – wenn nötig – auf der Straße erkämpft werden. Im Kollektivvertrag wird geregelt, welchen Lohn du bekommen musst. Es geht also um dein monatliches Einkommen.

Ohne Kollektivvertrag gibt es keine geregelten Löhne, geregelten Arbeitszeiten, Kündigungsfristen, freien Tage, Sonderzahlungen – Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Krankentgelte, Abfertigungen und Zulagen!

Damit wir unsere Forderungen für dich durchsetzen können, brauchen wir Mitglieder. Nur eine starke Gewerkschaft kann viel für dich erreichen!

Jährliche Lohnerhöhung regelt nur dein Kollektivvertrag, kein Gesetz

Je mehr Mitglieder wir in deiner Branche haben, umso besser und höher sind die Lohnabschlüsse. Nicht umsonst haben wir die besten Kollektivverträge am Bau, denn hier haben wir auch deutlich die meisten Mitglieder. Hier haben wir die stärkste Verhandlungsbasis dank unserer Mitglieder.

Urlaubs- und Weihnachtsgeld beides ist gesetzlich nicht geregelt und nicht selbstverständlich

Wusstest du, dass es in vielen EU-Staaten überhaupt kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld gibt?

Recht auf Freizeit und Urlaub du arbeitest, um zu leben, und nicht umgekehrt

Du lebst nicht, um zu arbeiten – sondern du arbeitest, um zu leben. Deshalb ist es uns als Gewerkschaft so wichtig, dass du genügend Ruhezeit hast, aber auch ausreichend Urlaub bekommst.

Kostenlose persönliche Beratung in allen arbeits- und sozialrechtlichen Fragen

Wir beraten unsere Mitglieder in allen Angelegenheiten rund um ihren Job. „Was sind ihre Rechte? Welcher Verdienst steht ihnen zu?“ Laufend informieren wir unsere Mitglieder exklusiv auf unseren Websites, unserem Mitgliedermagazin „die BAU-HOLZ“, unserem exklusiven SMS-Service für Mitglieder u. v. m.

Schutz deiner Gesundheit während deiner Arbeitszeit – aber auch privat

Nur eine starke Gewerkschaft kann unser Gesundheitssystem vor den Angriffen neoliberaler Kräfte schützen. Nicht umsonst hat es gerade in Ländern wie Italien und Großbritannien leider so große Probleme während der Corona-Krise gegeben, weil sie jahrzehntelang ihre Gesundheitssysteme kaputt gespart haben.

Wer zahlt die Kosten der Corona-Krise

auch Superreiche müssen einen Beitrag leisten

Die Zeit ist reif, dass auch die Superreichen in Österreich ihren Beitrag leisten. Die Kosten der Krise dürfen nicht wieder ArbeitnehmerInnen „blechen“.

Stärkerer Einfluss auf Gesetze

GewerkschafterInnen kämpfen im Parlament für dich

Keine andere Gewerkschaft bringt politisch auf der Gesetzgebungsebene so viel für ArbeiterInnen weiter wie die GBH (BUAG, Schlechtwetterregelung, Überbrückungsgeld, Steuerfreiheit Taggeld, Angleichung Arbeiter/Angestellte, Kurzarbeit statt Kündigung, etc.).

Starke Vertretung auch in der Krise

ermöglicht Kurzarbeit statt Arbeitslosigkeit

Die Krise hat uns allen deutlich gezeigt, wie wichtig eine starke Gewerkschaft mit ihren BetriebsrätInnen ist!

ünde GBH-Mitglied zu sein

WIRB MITGLIEDER. Frag noch heute alle deine KollegInnen, ob sie schon GBH-Mitglied, sind. Wenn nicht, wirb sie bitte als Mitglied, damit wir noch stärker gegenüber den Arbeitgeber-Vertretern auftreten und gemeinsame Forderungen umsetzen können.

Stärke dich selbst!

Jedes Mitglied mehr stärkt auch dich selbst

jede/r, der/die nicht dabei ist, schwächt auch dich damit

Mit deiner Mitgliedschaft stärkst du dich selbst, aber auch deine KollegInnen. Ohne Mitglieder keine Gewerkschaft und kein Kollektivvertrag. Ohne Kollektivvertrag gibt's gar nichts. Denn ohne Kollektivvertrag gibt's keine höheren Löhne, keine höheren Lehrlingsentschädigungen und Zulagen. Warum? Ganz einfach, weil's dafür keine Gesetze gibt!

Bildungsunterstützung finanzielle Unterstützungen bei Aus- und Weiterbildung

Unsere Bildungseinrichtung gewährt Mitgliedern, die einen Kurs zur beruflichen Aus- und Weiterbildung, zum Sozial- oder Arbeitsrecht oder zur politischen Bildung besuchen, eine finanzielle Unterstützung.

Kostenloser Rechtsschutz damit Mitglieder auch das bekommen, was ihnen zusteht

Für Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis wird kostenlos ein Rechtsanwalt durch die Gewerkschaft beigestellt (Lohndifferenzen, Unfall bei der Arbeit, Unfall auf dem Weg von und zur Arbeit, Pensionsangelegenheiten, Vertretung vor dem Schiedsgericht).

Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping sichert deinen Arbeitsplatz und dein Einkommen

Wir schauen darauf, dass öffentliche Gelder auch bei regionalen Betrieben mit ihren Beschäftigten ankommen. Wir kämpfen gegen Lohn- und Sozialdumping - nur dank unserer Stärke ist es uns gelungen, als einziges Land in der gesamten EU ein Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping umzusetzen.

Vergünstigungen

billiger tanken bei ENI, „3“ Spezialbonus XL ...

Mit der GBH-Mitgliedskarte gibt es Ermäßigungen für Urlaube, Konzerte, Kabarets, Theater, Tanken u.v.m. Weitere exklusive Angebote für GBH/ÖGB-Mitglieder: preisvorteil.oegb.at

UMWELT+BAUEN schützt unser Klima

und sichert tausende Arbeitsplätze Mit unserer Nachhaltigkeitsinitiative „UMWELT + BAUEN“ schützen wir nicht nur unsere Umwelt, sondern schaffen jährlich tausende neue Arbeitsplätze.

Das alles und noch viele Leistungen mehr kannst du über Nacht verlieren

denn ohne Gewerkschaft gibt es keine unabhängige Vertretung für dich als ArbeitnehmerIn

facebook.com/deinegbh

Stärke dich selbst!

Wirb Mitglieder. Damit es DIR gut geht!

soziale-fair-sicherung.at

GBH
GEWERKSCHAFT
BAU - HOLZ



GBH-Bundesfrauenvorstand tagte im September im Bezirk Landeck in Tirol

Die GBH-Frauen verbanden ihre Tagung auf Einladung von Betriebsrätin Astrid Kraxner, ebenfalls Mitglied des GBH-Bundesfrauenvorstandes, mit einem Besuch der Fa. Pfeifer in Imst.

„Wir versuchen immer direkt in den Betrieben mit Frauen ins Gespräch zu kommen. Das ist Grundlage unserer gewerkschaftlichen Frauenarbeit“, sagt Bundesfrauensekretärin Brigitte Schulz.

Mit dabei waren die Landesfrauensekretärin des ÖGB Tirol Daniela Meichtry, ÖGB-Regionalsekretär Roland Graswanger und GBH-Sekretär Rupert Altenhuber.

Budget: Regierungsversagen bei Arbeit, Gesundheit, Einkommen, Investitionen

PLENARTAGE. GBH-BV Abg. z. NR und SPÖ-Sozialsprecher Josef Mutsch will der Arbeitsmarktkrise mit Stiftungen, besserer Lehrstellenförderung, Aktion 20.000 und einer Arbeitsplatzgarantie bei Prämien und Förderungen beikommen.

Ein Budget muss in der Krise Arbeitsplätze und Unternehmen retten, es muss die Einkommen sichern, es muss mit öffentlichen Investitionen den Einbruch bei privaten Investitionen ausgleichen, das Gesundheitssystem absichern und Ausbau und Aufrechterhaltung der Kinderbetreuung ermöglichen.

Die Regierung hat zwar große Summen an Coronahilfen budgetiert, die Förderungen kommen leider nicht bei denen an, die sie brauchen. Heuer im September gab es 9 Prozent weniger Lehranfänger als vor einem Jahr.

Wir brauchen gezieltere Anreize in der Lehrstellenförderung statt mit der Gießkanne Gelder zu verteilen.

Langzeitarbeitslose Menschen, die kurz vor der Pension stehen und jetzt in der Krise keine Chance am Arbeitsmarkt haben, dürfen nicht in Kurse und Bewerbungen gezwungen werden; sie brauchen mit einem Übergangsgeld eine Brücke in die Pension.

Staatliche Hilfen für Unternehmen darf es nur dann geben, wenn Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung damit gesichert werden.



Dein GBH-Arbeitszeitkalender **2021** ist da

Das wertvolle „Werkzeug“ zur Stundenerfassung gibt es nur exklusiv für GBH-Mitglieder.

GBH-Mitglieder erhalten mit dem GBH-Mitgliedermagazin „die BAU-HOLZ“ auch heuer wieder ihren Arbeitszeitkalender exklusiv zugestellt.

Er bietet dir eine praktische und übersichtliche Möglichkeit, deine Arbeitszeit zu dokumentieren, er kann als Grundlage für deine Stundenabrechnung verwendet werden und gibt dir einen Überblick über die Leistungen, die du als Gewerkschaftsmitglied in Anspruch nehmen kannst.



Maßnahmen für Arbeitsmarkt können nicht auf Impfstoff warten

ÖGB/GBH. Programm gegen Arbeitslosigkeit bringt Jobs für 150.000 Menschen

Die Bundesregierung setzt keine konkreten Schritte zur Schaffung neuer Jobs und das, obwohl der ÖGB bereits vor Monaten ein umfassendes Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgestellt hat.

Mindestens 150.000 Menschen können mit diesem **Arbeitsmarktprogramm** innerhalb eines Jahres wieder in Beschäftigung gebracht werden. Es wurde von ÖGB-ExpertInnen entwickelt und mit ExpertInnen aus Wirtschaft und Wissenschaft diskutiert:

Sofortmaßnahmen

Spezielle Qualifikationsprogramme für Ältere und Lehrlinge, die Einrichtung von Stiftungen sowie Strafzahlungen für sogenannte "Zwischenparker" in der Arbeitslosenversicherung.

Investitionen in gute Arbeit

Öffentliche Investitionen in die Zukunft müssen im Vordergrund stehen. 20.000 Arbeitsplätze sollen außerdem



durch die Errichtung von 30.000 neuen Wohnungen geschaffen werden. Um die Vermittlung von Arbeitslosen zu verbessern und die Beschäftigten des AMS zu entlasten, sieht das Programm 500 zusätzliche Planstellen für das AMS vor.

Sicherung nachhaltiger Arbeitsplätze

In diesen Bereich fällt die langjährige Gewerkschaftsforderung nach einer Verkürzung der Arbeitszeit – sowohl

im geförderten Segment, als auch in Richtung der 4-Tage-Woche sowie der 6. Urlaubswoche für alle ArbeitnehmerInnen.

Chancen für die Jugend

Die hierzu vorgeschlagenen Maßnahmen sehen vor allem Investitionen in staatliche und staatsnahe Ausbildungsplätze sowie den Ausbau der überbetrieblichen Lehrausbildung, aber auch die Einrichtung eines "Corona-Not-Ausbildungsfonds" vor.

Pfusch legt in Coronakrise noch stärker zu

Ökonom Schneider: Anteil am gesamten BIP steigt auf 7,15 Prozent

Der Pfusch in Österreich legt heuer noch deutlicher zu als zuletzt erwartet. Der Linzer Ökonom Friedrich Schneider hat seine entsprechende Studie aktualisiert und sieht die Schattenwirtschaft nun auf 25,7 Mrd. Euro ansteigen. Damit erfährt der Schwarzarbeitsanteil am gesamten Bruttoinlandsprodukt (BIP) ein Plus auf 7,15 Prozent. „Es wird massiv versucht, Einkommensverluste durch zusätzlichen Pfusch zu kompensieren“, sagt Schneider im Gespräch mit der APA.

Zum Jahresanfang hatte der emeritierte Universitätsprofessor noch mit einem Schwarzarbeitswert von 22,9 Mrd. Euro gerechnet und vor Kurzem mit 24,7 Mrd. Euro. Damit wäre der Anteil des Pfusches am BIP bei 6,4 Prozent gelegen.

„Jeder, der kann, arbeitet schwarz“, so Schneider. „Wenn noch mehr versuchen, sich so etwas dazuzuverdienen, kann das auch noch dazu führen, dass der Pfusch günstiger wird.“

Die Schattenwirtschaft selbst wächst Schneiders Berechnungen zufolge im Vergleich zum Vorjahr um 12,2 Prozent. „Das ist seit dem Jahr 2001 der stärkste von mir gemessene Anstieg.“

Arbeitslosigkeit als Grund

Der Grund für diese große Steigerung liegt wesentlich im starken Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit und des allgemeinen wirtschaftlichen Einbrechens.

Was ist am Brenner los!

BRENNER BASISTUNNEL. Dem BBT drohen jahrelange Bau-Verzögerungen – GBH kämpft für die betroffenen Bauarbeiter!

Die Nachricht traf die Bauarbeiter, die am Brenner Basistunnel (BBT) hervorragende Arbeit leisten, mitten in der neuerlich aufflammenden Corona-Krise: Die Betreibergesellschaft BBT SE kündigt der ARGE H51 Pfons-Brenner am größten österreichischen Bauabschnitt des BBT den Vertrag. Es geht um den 37 Kilometer langen südlichsten Abschnitt des Projektgebiets in Österreich mit einer Auftragssumme von einer knappen Milliarde Euro. Öffentlich wird um die notwendigen Maße der Tübbinge bzw. die Dimension der Tunnelwände gestritten, die wahren Gründe liegen aber sicher tiefer. Jetzt stehen Klagen im Raum.

Das Projekt Brenner Basistunnel ist immer wieder von Streitigkeiten begleitet.

GBH-Bundesvorsitzender Josef Mutschitsch: „Ein Baustopp hilft doch keinem! Es muss doch möglich sein, gemeinsam zu klären, was nun an Evaluierung notwendig ist. Wo ist hier denn die hohe Landespolitik und die Verkehrsministerin? Auf Tauchstation, anstatt zu vermitteln. Schlimm.“

Aufgrund von Bauverzögerungen könnte der Brenner Basistunnel als längste unterirdische Eisenbahnverbindung der Welt nun erst frühestens 2037 fertiggestellt werden. „Es ist traurig, dass es vermutlich eine jahrelange Verzögerung am Brenner Basistunnel geben wird. Die Medien sind voll von gegenseitigen Vorwürfen, aber kein Wort gibt es zu den ArbeitnehmerInnen, die auf der Strecke bleiben“, ist der Tiroler GBH-Landesgeschäftsführer Christian Hauser erbost. Hauser betreut den BBT schon seit Beginn der Arbeiten und ist mit den Bauarbeitern laufend in Kontakt.

GBH kämpft um annehmbare Lösung für die Beschäftigten

„Wenn es um die Tunnelbaustelle dunkel wird, braucht es einen starken Partner für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Gemeinsam mit den Betriebsräten kämpfen wir als Gewerkschaft dafür, dass es am Ende des Tages für die ArbeitnehmerInnen in dieser schwierigen Situation eine annehmbare Lösung geben wird“, so Hauser.



Christian Hauser, GBH Tirol, kämpft Seite an Seite mit den Beschäftigten



Lohn- und Sozialdumping schläft auch in Krisenzeiten nicht

PROJEKT FAIRE ARBEIT. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort.

Um Beratungen in Grenznähe durchführen zu können, eröffnete die Gewerkschaft Bau-Holz und Land Steiermark 2017 ein Servicebüro in Spielfeld.

Seit 2017 wurden 3.500 persönliche Beratungsgespräche in verschiedenen Sprachen sowie Betriebs- und Baustellenbesuche durchgeführt, um direkt mit den Arbeitnehmern Kontakt aufnehmen zu können. Es gibt enge Kooperationen mit den relevanten Institutionen wie GKK, PVA, AK und BUAK. Ziel ist die Minimierung von Unterentlohnungen, Reduktion von Nichtanmeldungen und die Einschränkung von sozialen und arbeitsrechtlichen Verfehlungen.

Abg. z. NR Josef Muchitsch, GBH-Bundvorsitzender: „Mit der Dienstnehmerfreizügigkeit in der EU ist es zu einem stärkeren Arbeitskräfteaustausch mit teilweise dubiosen Firmen und Billigslöhnen gekommen. Die EU hat eine Richtlinie für gleichen Lohn für gleiche Arbeit festgelegt. Die Realität sieht anders aus. Daher brauchen wir mehr Kontrollen bis hin zu einer Bewusstseinsbildung und aktiven Aufklärung

für die betroffenen Arbeitnehmer aus den Nachbarländern. Mit der Servicestelle in Spielfeld leisten wir dazu einen wichtigen Beitrag.“

Projekt wird bis 2023 forgesetzt

Danke dafür an das Land Steiermark. Das Projekt ist ein wichtiger Beitrag im Zuge der zusätzlichen Dienstnehmerfreizügigkeit mit Kroatien seit Juli 2020. Noch mehr Arbeitskräfte bedeuten noch mehr Beratung und Aufklärung. Wir brauchen weitere gesetzliche Anpassungen auf nationaler und europäischer Ebene. Es darf keine Unterschiede bei Anmeldungen, Fristen und Berechnungsgrundlagen bei Sozialversicherungsbeiträgen innerhalb der EU geben. Faire Arbeit beginnt bei fairen gesetzlichen Regelungen.

Appell an Auftraggeber

Der effektivste Weg gegen Lohn- und Sozialdumping ist, wenn bereits die Auftraggeber in der Steiermark darauf schauen, dass sie ihre Aufträge an regionale Betriebe mit ihren Beschäftigten vergeben. Muchitsch: „Oft wird der

Generalauftrag an ein regionales Unternehmen vergeben – aber dieses beauftragt dann billige dubiose Firmen für die Umsetzung. Deshalb unser Appell an alle Auftraggeber: BAUT auf und mit A – auch bei den Subunternehmen!“ GBH-LGF Andreas Linke: „In 520 Interventionen konnten wir 625.000 Euro für unsere GBH-Mitglieder erkämpfen.“

LINKTIPP: Weitere Infos zum Projekt: www.faire-arbeit.at

Happy Birthday



Wir gratulieren unserem ältesten steirischen GBH-Mitglied Christian Theussl zum 99. Geburtstag. Danke für deine Treue zur GBH!



Herzlich Willkommen als neues GBH-Mitglied!

Erfolgreich Werben trotz Corona-Krise

Unter Einhaltung aller COVID-19-Sicherheitsmaßnahmen und dem Motto „Stärke dich selbst!“ freuen wir uns, dass wir neue Mitglieder von den Vorteilen der GBH überzeugen konnten.

Um das Arbeiten mit Mund-Nasen-Schutz-Masken zu erleichtern, haben wir eigene GBH-Masken entwickelt. Diese sind exklusiv für Lehrlinge bei Jasmin Pauser unter 0664/614 55 36 erhältlich.

Maßnahmen und Wege aus der Gesundheitskrise

BURGENLAND. Landesvorstandssitzung in Schwarzenbach

In Schwarzenbach hielt die GBH Burgenland im Juli ihre Landesvorstandssitzung ab. Themenschwerpunkte waren die Gesundheitskrise und die Kurzarbeit.

Im Anschluss an die Sitzung fand eine Führung im archäologischen Freilichtmuseum in der keltischen Wallanlage in Schwarzenbach statt.



Landesjugendvorsitzender Peter Reitter berichtet über die Jugendarbeit



Arbeiterkammer-Präsident Burgenland Gerhard Michalitsch



Der Landesvorstand



Führung im archäologischen Freilichtmuseum



Präsentation der Mitgliederwerbemaßnahme



Desinfektionsspray und Mundschutztücher für die Bauarbeiter. Die GBH-Sekretäre Miklos Wertenbach und Dr. Jozsef Varga waren auf zahlreichen Baustellen unterwegs.

GBH ist bei den Mitgliedern

Schutz und Information für BAU-HOLZ-ArbeiterInnen

Trotz Corona-Pandemie waren die Sekretäre der GBH, sobald es wieder erlaubt war, vor Ort auf Baustellen und in Betrieben unterwegs, um die KollegInnen zu informieren, zu unterstützen und mit Schutzausrüstung zu versorgen.

„Die Bauarbeiter sind es, die in dieser schwierigen Zeit die Wirtschaft aufrechterhalten und unsere Eigenheime bauen. Die Wertschätzung für die Bauarbeiter muss deshalb umso mehr aufgezeigt werden“, erklärt Miklos Wertenbach von der Gewerkschaft Bau-Holz.

Du findest uns auch auf Instagram

 **gewerkschaft_bauholz**

Wichtige Themen für Baubranche auf Schiene

Kärnten. Baugipfel finden trotz Corona statt

Dem Land Kärnten ist die Baubranche sehr wichtig. Deshalb finden beinahe monatlich Baugipfel mit den wichtigsten „Playern“ für die Baubranche statt. Erhöhte Investitionsvolumina, kommunales Bauprogramm, Sanierungsoffensiven oder Lehrlingspraktika: Das Spektrum an Maßnahmen zur Bekämpfung von Covid-19-Auswirkungen auf die Baubranche ist umfangreich.

Die Corona-Baugipfel werden über Videokonferenz abgehalten. Dabei betonte LHStv.in Gaby Schaunig: „Die enge Kooperation und der konstante Austausch ermöglichen uns, flexibel zu reagieren und Kärnten zukunftsfit zu halten.“

Mit den Baugipfeln ist es u.a. gelungen, dass, wenn es nicht möglich ist, auf Baustellen die Corona-Sicherheitsbestimmungen einzuhalten, das Land keine Pönale verrechnet und die Bauzeitpläne entsprechend angepasst werden.

Plattform für Jugendliche

Mit www.lehre.jetzt wurde eine Plattform geschaffen, auf der Interessierte sich für ein Schnupperpraktikum in allen Berufen des Bau- und Baunebenwerbes anmelden können.

GBH-LGF Alois Peer, MBA, hält fest, dass sich die Projekte der Landesregierung in den ersten beiden Quartalen 2020 positiv auf die Beschäftigung im Baubereich ausgewirkt haben. „Dennoch ist es notwendig, noch mehr Ausschreibungen im Bereich Infrastruktur vorzuziehen“, so Peer.

Du findest uns auch auf Instagram

 [gewerkschaft_bauholz](https://www.instagram.com/gewerkschaft_bauholz)

Passt auf eure Gesundheit auf

GBH Kärnten verteilt Schutzausrüstung auf Baustellen

GBH-Landesvorsitzender BRV Gottfried Hatzenbichler und GBH-Landesgeschäftsführer Alois Peer sind mit ihrem Team unter Einhaltung aller Sicherheitsvorkehrungen auch und gerade in Zeiten von Corona auf Baustellen unterwegs, um unter dem Motto „Passt auf Eure Gesundheit

auf“ die Kollegen zu informieren und Desinfektionsmittel und Mundschutz zu verteilen.

Themen wie die Handlungsanleitung für das Arbeiten auf den Baustellen, aber auch die KV-Erhöhungen und die BUAG-Novelle wurden mit ebenso großem Interesse aufgenommen wie die Informationen zur Kurzarbeit.



WLV: Information und Schutz

GBH bei den Kollegen der Wildbach- und Lawinerverbauung

Auch im unwegsamen Gelände ist es für die Beschäftigten wichtig, rasch die neuesten Informationen zu erhalten. Unter Einhaltung der Schutzmaßnahmen ist die GBH deshalb auf Baustellen der Wildbach- und Lawinerverbauung (WLV) unterwegs.

waren Thema. Sehr wichtig sind auch die Handlungsanleitungen bei Arbeitsprozessen in Zusammenhang mit den Corona-Verordnungen und Maßnahmen, die bei der WLV um einiges spezieller sind.



KV-Lohnerhöhungen, die BUAG-Novelle 2020, mit der u.a. die 6. Urlaubswoche leichter erreicht wird,

Virenschutz für Bauarbeiter

Niederösterreich. GBH verteilt Schutzausrüstung

Desinfektionsgel und Schlauchtücher, die auch als Maske verwendet werden können, werden von der Gewerkschaft Bau-Holz in ganz Niederösterreich verteilt.

Mit BRV Reinhard Pitzl war GBH-Sekretär Daniel Lachmayr auf Baustellen der Firma Traunfellner unterwegs. Topthema bei den Gesprächen war die Situation rund um die Corona-Pandemie. Die Bauwirtschaft läuft momentan auf Hochtouren, erst 2021 wird mit Auftragseinbußen gerechnet.

Die Gespräche wurden auch genutzt, um die Arbeiter auf aktuelle Errungenschaften der Gewerkschaft aufmerksam zu machen. Ab 2021 bekommen Bauarbeiter die sechste Urlaubswoche bereits nach 20 Jahren.

Exoskelette bei Hartl Haus



Körper entlasten – Verletzungen und Folgekrankheiten vermeiden. Mitarbeiter in der Produktion und Montage werden in der Fa. Hartl Haus seit einiger Zeit mit Exoskeletten unterstützt. Diese „Kraftverstärker“ verringern körperliche Belastungen,

indem sie Muskeln und das Skelett unterstützen und eine ergonomische Körperhaltung erleichtern. GBH-LGF Rudolf Silvan hat sich gemeinsam mit dem betreuenden GBH-Fachsekretär Andi Hitz die „Kraftverstärker“ bei Hartl Haus angesehen.

Wasserkraftwerksbau

GBH-LGF Rudolf Silvan und GBH-Regionalsekretär Andreas Hitz besuchten die Belegschaft der Fa. Reissmüller in Waidhofen a.d. Thaya und besichtigten gemeinsam mit Arbeiterbetriebsrat Klaus Bittermann eine innovative Baustelle in Speisenbach.

Am Ufer der Thaya errichtet die Fa. Reissmüller ein Wasserkraftwerk. „Eine nicht alltägliche Baustelle“, zeigt sich Silvan von der Arbeit der Belegschaft begeistert. Silvan und Hitz erlebten hautnah mit, wie eine riesige Betonwand in die Kraftwerksmauer eingehängt und von den Arbeitern befestigt wurde.

Im Anschluss informierten die beiden Gewerkschafter die Belegschaft vor Ort. „Telearbeit gibt es in der Produktion oder auf der Baustelle natürlich nicht“, so Silvan. Daher sei es auch Aufgabe der Gewerkschaft, gerade in Krisenzeiten für die ArbeitnehmerInnen da zu sein.

Neue Jugendvertrauensräte

GBH-Jugendsekretär David Cernicky sowie die BRV von **ELK Fertigteilhaus Doris Hahn** führten die Wahl zum Jugendvertrauensrat (JVR) bei der Fa. ELK in Schrems durch. Für die nächsten 2 Jahre wurde als Vorsitzender einstimmig Matthias Cenkowitz gewählt, zu seinem Stellvertreter ebenfalls einstimmig Marvin Macho. Izzet Toprak ist Ersatz-JVR.



v.l.n.r. 3.Stufe Izzet Toprak, Daniel Heinzl, Stefan Woller, Daniela Schweighart, Gerald Fasching (Betriebsrat) 2.Stufe Marvin Macho, Jugendvertrauensrat Matthias Cenkowitz, Doris Hahn (Betriebsratsvorsitzende) 1.Stufe Andreas Hitz (Fachsekretär Gewerkschaft Bau-Holz), David Cernicky (Jugendsekretär NÖ Gewerkschaft Bau-Holz)

Die neuen JVR bei der **Fa. Egger**: Vorsitzender Pascal Repetschnig, Stellvertreter Edin Mujanovic, GM David Brenner

Auch beim **BFI Gloggnitz** gibt es neue Jugendvertrauensrätinnen. Tina Garherr ist Vorsitzende. Mary Lajic ihre Stellvertreterin. Bei der **Malerfirma Markker** wurde erstmalig seit Firmengründung ein JVR gewählt. Stefan Weissenböck ist Vorsitzender, Mario Brunner sein Stv. und Denise Berger Ersatz-JVR.

Cernicky, GBH-Jugend: „Trotz Corona-Krise konnten wir heuer 10 JVR-Körperschaften wählen. Wir gratulieren allen neuen JVR!“

Porr: Jugendvertrauensrat gegründet

Projekt „Job Shuttle“ fördert auch betriebliche Mitbestimmung Jugendlicher

Der frisch gebackene Porr-Jugendvertrauensrat Rene Tilg nahm bereits 2018 am Pilotprojekt „Job Shuttle“ teil. Ins Leben gerufen wurde diese Initiative von der Gewerkschaft Bau-Holz sowie von den Porr-Betriebsräten Friedrich Rader und Gerald Priglinger. Ziel ist es, Jugendliche für eine Lehre in der Baubranche zu begeistern.



„An verschiedensten Stationen im Betrieb haben die Jugendlichen selbst Hand anlegen können und ihre handwerklichen Begabungen unter Beweis gestellt. Darüber hinaus konnten sie sich bei Interesse gleich vor Ort für eine Lehrstelle bewerben“, führt Projektinitiator und GBH-Jugendsekretär Mario Immler aus.

Rene Tilg, einer der 22 Jugendlichen, die sich gleich vor Ort beim Unternehmen beworben haben, stach dabei besonders hervor. Neben seinem handwerklichen Talent zeigte der junge Mann auch

großes Interesse an gewerkschaftlicher Vertretungsarbeit.

Nach einem gelungenen Erstkontakt mit dem Betriebsrat von Porr entschloss sich Rene auch gleich dazu, einen Jugendvertrauensrat (JVR) im Unternehmen ins Leben zu rufen. „Junge Kolleginnen und Kollegen haben andere Anliegen und Interessen als Ältere. Daher ist es wichtig, dass sie auch eine Ansprechperson in ihrem Alter im Be-

trieb haben“, erklärt Rene Tilg nach seiner erfolgreichen Wahl zum Jugendvertrauensrat am 12. August 2020.

Der engagierte Lehrling ist nun auch in diversen Schulen unterwegs, um die angehenden Auszubildenden auf das Berufsleben vorzubereiten.

Rene ist überzeugt: „Arbeiten am Bau ist attraktiv, modern und fordernd. Den Lehrlingen stehen viele Weiterbildungsmöglichkeiten zur Verfügung.“

Neuer Betriebsrat bei **TB Transportbeton**



Von links: Salim Pezic (BR-Vorsitzender-Stv.), Rudolf Schwaiger (BR-Vorsitzender), Daniel Mühlböck (betreuender GBH-Sekretär)

Im Juni fand erstmalig eine Betriebsratswahl in der Firma TB Transportbeton GmbH statt. Zum neuen Vorsitzenden wurde Rudolf Schwaiger mit 100 % der abgegebenen

Stimmen gewählt. Wir gratulieren dem neuen Betriebsratsteam und wünschen viel Erfolg bei der weiteren Arbeit.

Immler ergänzt: „Ich freue mich, dass es uns mit dem Projekt Job Shuttle gelungen ist, SchülerInnen einen Einblick in die Berufswelt zu ermöglichen und ihnen gleichzeitig eine Chance auf eine Lehrstelle anzubieten. Besonders stolz bin ich aber darauf, dass es uns mit dem Projekt auch gelungen ist, wieder einen JVR ins Leben zu rufen und den Lehrlingen dadurch eine starke Stimme im Betrieb zu verleihen. Von einem starken Jugendvertrauensrat profitieren alle, weil nicht nur die Lehrlinge, sondern auch die Geschäftsleitung eine Ansprechperson haben. Dadurch können innovative Ideen entstehen und die Sichtweise der Lehrlinge findet Gehör.“



BAUaktiv in der Gesundheitskrise

Salzburger Forderungspapier. Investitionen in die Bauwirtschaft sind der beste Konjunkturmotor in Krisenzeiten, befeuern auch alle nachgelagerten Bereiche und sichern zusätzlich den Verbleib der Wertschöpfung (Steuern, SV-Beiträge, Kaufkraft und Konsum, usw.) im Inland.

Die GBH Salzburg präsentierte im Rahmen der GBH-Initiative BAUaktiv deshalb einen Forderungskatalog mit einem 8-Punkte-Programm für mehr Arbeitsplätze und die Ankurbelung der Konjunktur in Salzburg.

1. Zweckbindung aller Salzburger Wohnbauförderungsmittel
2. Wohnbauoffensive
3. Salzburger Handwerkerbonus
4. Vergabepraktiken für öffentliche Aufträge
5. Sanierungs-offensive
6. Investitionen in die kommunale Infrastruktur
7. Ausbau der Radinfrastruktur in Salzburg
8. Straßensanierung zusätzlich forcieren

LINK-TIPP: Nähere Infos dazu: www.bau-holz.at/salzburg



Kurt Neckermann, GBH-Landesgeschäftsführer:

Wir brauchen 2021 einen Konjunkturschub

Am 1. März 2020 übernahm Kurt Neckermann, langjähriger Fachsekretär der GBH Salzburg, die Aufgabe als Landesgeschäftsführer von Andreas Huss, der beruflich nach Wien wechselte. Keine zwei Wochen später war der erste Corona-Lockdown da.

Ob es um die Weiterentwicklung der Kollektivverträge, sprich das Einkommen von uns allen, um die Verbesserungen im BUAK-Bereich (6. Urlaubswoche, Paket gegen Winterarbeitslosigkeit usw.), um die vielen Vorschläge zur Konjunkturankurbelung oder um die Kurzarbeitsregelung geht, die Gewerkschaft Bau-Holz konnte auch 2020 vieles umsetzen – trotz widrigster Umstände und schlechter Vorzeichen.

2021 wird herausfordernd

In der weiteren Bewältigung der Corona-Krise ist die GBH Salzburg natürlich für ihre Mitglieder da. Neckermann: „Auch 2021 wird zahlreiche Herausforderungen für uns alle bereithalten. Aber mit meinem hervorragenden Team aus MitarbeiterInnen, BetriebsrätInnen und FunktionärInnen werden wir auch das bewältigen.“

Es mussten rasch Lösungen gefunden werden, um die ArbeiterInnen in den Bau- und Holzbranchen bestmöglich zu schützen. „Alle meine Pläne als Landesgeschäftsführer mussten auf später verschoben werden. Was es in dieser Situation brauchte, waren Krisenmanagement und viele Stunden der Beratung, Information und Unterstützung, die mein Team und ich unter Einhaltung aller Sicherheitsvorkehrungen gerne für unsere Mitglieder geleistet haben“, sagt LGF Neckermann.



Kurt Neckermann übernimmt die Funktion des GBH-Landesgeschäftsführers von Andreas Huss, der nach Wien wechselt.

Mitgliederwerbeaktion in der Stadt Innsbruck



Es muss nicht immer ein Schreibtisch sein, um eine Mitgliedsanmeldung auszufüllen.

Zur Not tut es auch eine Hausmauer am Domplatz.

Elisabeth Randl im Ruhestand

Zur Verabschiedung unserer langjährigen Mitarbeiterin Elisabeth Randl wünscht das gesamte GBH-Team alles Gute für den neuen Lebensabschnitt.



Von links nach rechts: **GBH-LV Florian Tauber**, **Marlies Schuchter**, **Landespensionistenvorsitzender Bernd Watscher**, **Elisabeth Randl**, **Carola Wiestner**, **LGF Christian Hauser**, **Rupert Altenhuber** und **Markus Plieger**

Du findest uns auch auf Instagram

 **gewerkschaft_bauholz**

Wichtige Wahlen bei Nägele

Vorarlberg. In der Fa. Nägele Hoch- und Tiefbau GmbH in Röthis wurden im September sowohl der Betriebsrat als auch der Jugendvertrauensrat gewählt.

Ing. Simon Lehninger wurde als Betriebsratsvorsitzender eindrucksvoll bestätigt, ebenso sein Stellvertreter Johann Berger. Die 203 Wahlberechtigten sprachen dem Team damit zum zweiten Mal ihr Vertrauen aus.

Erstmals wurde in der Fa. Nägele auch ein Jugendvertrauensrat (JVR) gewählt.

Die 17 wahlberechtigten Jugendlichen wählten Dominik König zu ihrem ers-

ten JVR-Vorsitzenden, seine Stellvertreterin ist Jana Stastny.

Das gesamte Team der GBH Vorarlberg gratuliert zur Wahl und freut sich auf gute Zusammenarbeit!



BRV Ing. Simon Lehninger



JVR-Vorsitzender Dominik König



JVR-VS Jana Stastny



Partie Firma Nägele

Du findest uns auch auf Instagram

 **gewerkschaft_bauholz**

„Expert+“-Status für Bau-Berufsschule

WIEN. Berufsschule für das Baugewerbe erhält als erste in Österreich den Status „Expert+“

Zertifiziert wurde die Berufsschule für das Baugewerbe durch das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Für die Gewerkschaft Bau-Holz gratulierten LGF Wolfgang Birbamer und Bernhard Schmid zur Auszeichnung.



LINK-TIPP: www.eeducation.at

Hermann Halvax verstorben

Halvax ist am 18. Juni 2020 im 79. Lebensjahr verstorben.

Halvax begann seine Bau-Karriere 1975 bei der ALLBAU. Seit 1984 war er Zentralbetriebsratsvorsitzender und seit 1999 auch Vorsitzender des Europäischen Betriebsrates bei der Porr. Er war über 60 Jahre lang ÖGB-Mit-



glied und seit 1998 Landesvorsitzender der GBH Wien. Bereits seit 1988 war er im Erweiterten Präsidium der GBH. Neben zahlreichen anderen Auszeichnungen erhielt er 2002 die Hans-Böck-Ehrendnadel. Wir werden Hermann Halvax als ausgeglichenen und humorvollen Kollegen in Erinnerung behalten. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.

Josef Marosits verstorben

Unser Kollege ist im 79. Lebensjahr verstorben.

Ein unermüdlicher Kämpfer für die ArbeitnehmerInnen hat am 30. Juli für immer seine Augen geschlossen.

Mehr als 60 Jahre war Marosits Mitglied der GBH. Er war Zentralbetriebsrat der Firma Mischek Bau und hatte Funktionen auf Bundes- und Landesebene. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Du findest uns auch auf Instagram

 **gewerkschaft_bauholz**

Wichtige Information



**Nicht der Weihnachtsmann
bringt dir dein Weihnachtsgeld!**

Dein Weihnachtsgeld gibt es nur,
weil es einen **Kollektivvertrag** gibt!

Den Kollektivvertrag gibt es nur,
weil ihn **deine Gewerkschaft** verhandelt!

Deine Gewerkschaft ist
NUR stark, wenn sie
viele Mitglieder hat!

Mach dich stärker – wirb Mitglieder!

**Link
TIPP!**
[gbh-news.at/
x-mas-2020](http://gbh-news.at/x-mas-2020)

facebook.com/deinegbh

gbh-news.at

Österreichische Post AG, MZ 02Z031737 M, ÖGB-Verlag, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Retouren an PF 100 1350 Wien

Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

_____/_____/_____
 Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

 /

Postleitzahl Ort **HERZLICHEN DANK!**

DVR-Nr. 0046655 ZVR 576 439 352

F-05